Grußadresse des Zentralkomitees der KPD/ML Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 1 vom 6. Januar 1978 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

Bonner Neujahrsgeschenk an die Werktätigen:

Alles wird teurer

„Im neuen Jahr hat die Wirtschaft mehr Geld..." verkündet die Bundesregierung in einer Anzeigenserie, die in den letzten drei Tagen des alten Jahres in den Tageszeitungen abgedruckt wurde. In der Tat. Allein nach den Angaben der Bundesregierung sind es 3,5 Mrd. DM Steuerersparnisse, 6 Mrd. DM „Investitionshilfe" und — nicht zu vergessen — „Die Bundesregierung verdoppelt im nächsten Jahr ihre Hilfen für die Gründung selbständiger Existenzen auf 500 Mio. DM. Damit bringt sie viele junge Leute, die sich auf eigene Füße stellen wollen, ihrem Ziel näher." (Aus der Anzeige der Bundesregierung.) 500 Mio. DM für die ach so bedauernswerten Unternehmersprößlinge! Und für die jungen Arbeitslosen? Nach wie vor keinen Pfennig, wenn sie direkt nach der Schule auf der Straße liegen! Und für die älteren Arbeitslosen, für die Kollegen in den Betrieben, aus denen die Kapitalisten durch Rationalisierungsterror und wachsende Arbeitshetze immer mehr Profit herauspressen? Für sie alle hat dieser Bonner Staat keinen Pfennig über. Im Gegenteil. Ihnen sollen im kommenden Jahr durch den kapitalistischen Staat Milliarden aus der Tasche gezogen werden!

Allein wegen der Erhöhung der Mehrwertsteuer werden die Werktätigen im neuen Jahr selbst nach offiziellen Berechnungen sechs Milliarden DM mehr ausgeben müssen. Denn die Behauptung der Bonner Politiker, daß die Mehrwertsteuer alle treffen würde, ist eine Lüge. Pünktlich zum 1. 1. '78 haben bereits die Ölgesellschaften eine Erhöhung des Benzinpreises um einen Pfennig angekündigt — als Folge der Erhöhung der Mehrwertsteuer, lautet die Begründung. Und auch die anderen Kapitalisten werden durch Preiserhöhungen dafür sorgen, daß es allein die Werktätigen sind, die diese Steuererhöhung bezahlen.

Eine erhebliche Verschlechterung bedeutet für die Werktätigen die Erhöhung der KFZ-Steuer, (die natürlich nicht für Nutzfahrzeuge gilt). Außerdem soll noch in diesem Jahr beschlossen werden, daß die KFZ-Steuer jetzt auf einmal für das ganze Jahr bezahlt werden soll!

Teurer wird im nächsten Jahr auch überall die Energie. Kohle wird um 8% teurer. Die Elektrizitätswerke wollen die Strompreise praktisch im gesamten Bundesgebiet erhöhen, und der kapitalistische Staat sorgt dafür, daß sie durch den „Kohlepfennig" (bisher 4,5%, jetzt 5,4%) noch mehr in die Höhe schnellen. Durch die Verdoppelung der Heizölsteuer wird auch das Heizöl teurer werden. Und eine entsprechende Erhöhung der Erdgassteuer ist bereits angekündigt. Die Bundesregierung begründet diese Verteuerung im Energiebereich damit, daß Energie gespart werden müsse. Aber das ist nichts als Gewäsch. Denn während den Werktätigen mit dieser Begründung Geld genommen wird, wird es den Kapitalisten gegeben. Vier Mrd. Mark bekommen allein die Kohleherren im nächsten Jahr an staatlichen Subventionen, 8,5 Millionen Mark bekommen die Kapitalisten für die Entwicklung von „energiesparenden" Maschinen oder „energiesparenden" Produktionsmethoden.

Teurer wird mit dem neuen Jahr der öffentliche Nahverkehr: In Düsseldorf, Offenbach, Frankfurt und Darmstadt sind Erhöhungen bereits angekündigt. Teurer werden in vielen Städten Wasser und Müllabfuhr. Und sogar vor dem Sterben macht die Preislawine nicht halt. In Stuttgart beispielsweise werden jetzt auch die Beerdigungsgebühren um 10% angehoben.

So sorgt der kapitalistische Staat gleich zu Beginn des neuen Jahres dafür, daß jeder an seinem Portemonnaie spürt, was von ihm zu halten ist: Der Bonner Staat ist ein Feind der Werktätigen. Er ist ein Instrument der Kapitalistenklasse. Jahr für Jahr raubt er den Werktätigen Milliarden, sorgt er dafür, daß sich ihre wirtschaftliche Lage immer mehr verschlechtert. Und warum? Damit eine Handvoll Reicher noch reicher wird, damit die Profite der Kapitalisten immer weiter steigen! Deshalb kann es im kommenden Jahr für die Werktätigen nur einen Weg geben, ihre Interessen durchzusetzen: im revolutionären Klassenkampf gegen die Kapitalisten, gegen ihren Staat und alle ihre Handlanger!

2.000 Werftarbeiter demonstrierten gegen Massenentlassungen (s. S. 4)



Betriebsratswahl 1978

Kämpft für revolutionäre Betriebsräte!

Zwischen dem 1. März und dem 31. Mai dieses Jahres finden die Betriebsratswahlen statt. Unsere Partei ruft dazu auf, diese Betriebsratswahlen zu nutzen, um einen Angriff gegen die Kapitalisten und den arbeiterfeindlichen DGB-Apparat zu führen und einen Schritt vorwärts zu tun, bei der Schmiedung der revolutionären Einheitsfront der Arbeiterklasse, beim Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) in den Betrieben. Gegen die Unternehmer und ihre sozialdemokratischen und revisionistischen Wasserträger gilt es, klassenkämpferische und revolutionäre Betriebsräte zu erkämpfen. Insbesondere unterstützt unsere Partei die Aufstellung und das Durchkämpfen von revolutionären Listen als Alternative zum DGB-Apparat, Listen also, die sich auf den Standpunkt der RGO stellen.

Fortsetzung auf Seite 5

Schmidt in Kairo

Kampfansage an die arabischen Völker

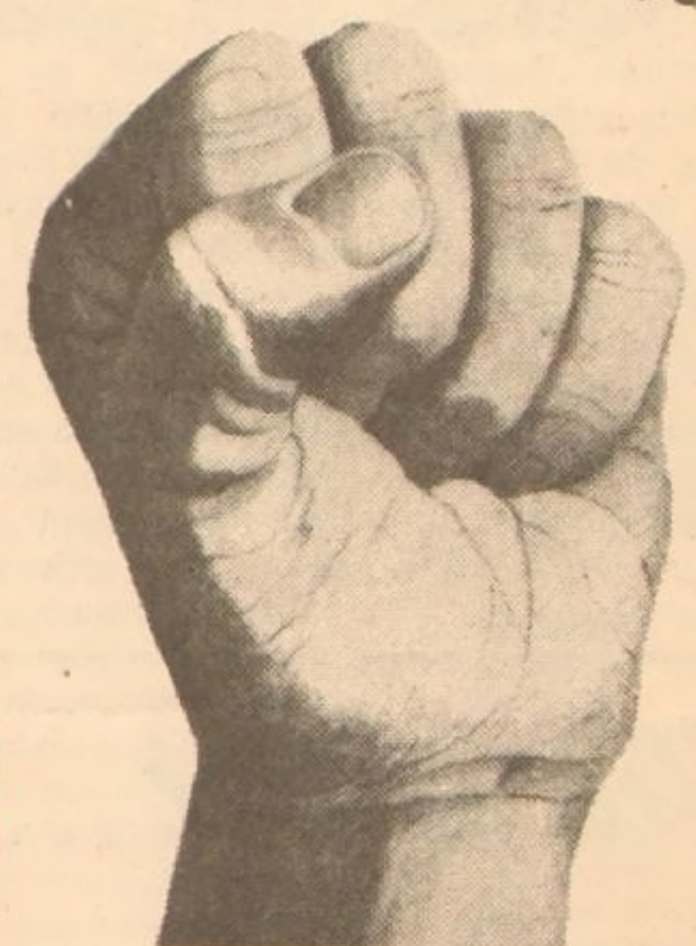
Als erster ausländischer Regierungschef seit den Treffen zwischen Sadat und Begin besuchte jetzt der Bonner Kanzler Schmidt Ägypten. Gleich bei seiner Ankunft erklärte er, seine Reise solle „für alle sichtbar die Wertschätzung und Anerkennung" Bonns für die Politik des ägyptischen Regimes zum Ausdruck bringen. In der Pose des ehrlichen Maklers, dem nichts mehr am Herzen liegt als der Frieden im Nahen Osten, forderte Schmidt die arabischen Regierungen auf, den Kapitulationskurs Sadats zu unterstützen.

Der Bonner Kanzler als Friedensstifter? Ausgerechnet! Seit eh und je hat Bonn den israelischen Zionisten jede erdenkliche Unterstützung bei ihren Aggressionen gegen die arabischen Völker gewährt. Mit Waffen und mit Milliardenbeträgen haben sie zur Aufrüstung des zionistischen Militärapparats beigetragen. Als im Oktober 1974 die arabischen Länder für die Rückgewinnung ihrer von Israel besetzten Gebiete kämpften, war Westdeutschland eine Basis für amerikanische Waffenlieferungen nach Tel Aviv.

Und jetzt redet Schmidt vom Frieden. Aber was er damit meint, ist eben das in Washington ausgeheckte

Fortsetzung auf Seite 6

Kampftag gegen Reaktion und Faschismus



30. Januar

KPD/ML

AUS DEM INHALT

„Brandts Nord-Süd-Kommission" — Werkzeug der imperialistischen Ausbeuter 2
Grußbotschaft von Radio Tirana 3
Druckereiarbeiter weiter im Kampf .. 4
2.000 Kollegen demonstrieren gegen Entlassungen auf der Werft 4
Zu den rechtlichen Bestimmungen für die Betriebsratswahl 5
SED-Revisionisten auf Reisen 6
30. Januar: Kampftag gegen Reaktion und Faschismus 7
Francois darf nicht ausgewiesen werden 7
Zum 100. Todestag von Gustave Courbet 8
Kolumbien: Zehn Jahre Befreiungskampf unter Führung der KPK/ML . 11
Kolumbien — Halbkolonie des USA-Imperialismus 11

Ein Zeuge seiner Zeit

Lutz Graf Schwerin von Krosigk, Finanzminister Hitlers, hatte am 2. Weihnachtstag die Möglichkeit, im 3. Fernsehprogramm seine politischen Ansichten zum besten zu geben. Schwerin war ein Mann des deutschen Finanzkapitals, der nacheinander den Regierungen Papen, Schleicher und Hitler angehörte, um die Durchsetzung der aggressiven Politik des deutschen Finanzkapitals zu gewährleisten. Nichts zeigt deutlicher die damalige und heutige Gesinnung dieses Faschisten als seine Schwärmerei über Mussolinis Worte. Dieser hatte in Bezug auf den bevorstehenden Krieg mit der Sowjetunion gesagt, daß „deutsche Organisationsfähigkeit vereint mit den russischen Möglichkeiten (sprich: Bodenschätze, Arbeitskräfte...) unter deutscher Oberherrschaft eine unangreifbare Macht" ergeben würde. Schwerin: „Das klang sehr verführerisch."

Dieser Verbrecher wird uns heute, wenige Wochen vor dem 45. Jahrestag der faschistischen Machtergreifung, als „Zeuge der Zeit" vorgestellt. Keine seiner Äußerungen, die die Terrorherrschaft Hitlers verharmlosten und verherrlichten, wurde von den Interviewern auch nur mit einem Wort zurückgewiesen. Wer die Zeit der Nazi-Diktatur miterlebt hat, mußte glauben, er säße vor einem Fernseher des 3. Reiches. Daß diese Sendung aber im Jahre 1977 über den Bildschirm lief, bestätigt nur die Tatsache, daß Bonn heute wieder Kurs auf die Errichtung der faschistischen Diktatur nimmt. In diesem Sinne war der Faschist Schwerin im Fernsehen wirklich ein Zeuge der Zeit.

Ohne Moral

Ludwig Poullain, Chef der Westdeutschen Landesbank, ist von seinem Posten zurückgetreten. Angeblich ist er über einen Beratervertrag mit dem Stuttgarter Baukonzern „Ratio" gestolpert. Für 500.000 DM (manche sprechen sogar von einer Million) hatte Poullain „Ratio" Kredite der Westdeutschen Landesbank verschafft, deren Chef er selber war. Wenig später machte „Ratio" pleite, die Verluste beliefen sich auf 120 Millionen DM. Die Gesellschafter wanderten ins Gefängnis und werden demnächst wegen Betrug vor Gericht gestellt, weil sie einige Millionen DM auf die Seite geschafft hatten. Einer der Gesellschafter wurde allerdings kurz darauf gegen eine Kaution von drei Mio. DM freigelassen. Zwei Millionen davon „vermutlich von Poullains Bank", wie die „Frankfurter Rundschau" schrieb. Grund also, sollte man meinen, zurückzutreten.

Trotzdem sind Zweifel angebracht, ob dieser Beratervertrag tatsächlich der Stein war, über den Poullain gestolpert ist. Schließlich fand immerhin auch die Bundesaufsichtsbehörde für die Banken Poullains Beratervertrag ganz in Ordnung. Solange das Geschäft blühte und die Profite stimmten, krähte kein Hahn nach den einträglichen Nebengeschäften Poullains. Nur eines haben ihm seine Herren, die Landesregierung von NRW, nicht verziehen: daß er sich nämlich verspekuliert hat und auf die Spekulation mit dem Dollar setzte. Der Fall des Dollars riß ein Riesenloch in die Kasse der Westdeutschen Landesbank. In diesem Moment wurde Poullain fallengelassen. Denn die Moral der Kapitalisten bemißt sich daran, ob die Kasse stimmt.

Steiner und die heilige Kuh

Julius Steiner. Manche werden sich an den Namen dieses CDU-Bundestagsabgeordneten erinnern. Im Jahre 1972 erklärte dieser Herr, daß er 50.000 DM aus der Kasse des SPD-Geschäftsführers Wienand erhalten habe, um sich beim Mißtrauensvotum der CDU gegen die Regierung der Stimme zu enthalten. Die Korruption im Parlament wurde für viele offenbar. Der „Rote Morgen" nahm mit einem Artikel „Bonner Parlamentarier — korrupt bis auf die Knochen" Stellung. Zu 4.500 DM Geldstrafe wurden deshalb die Genossen Ernst Aust und Gernot Schubert verurteilt. Das Gericht entschied: Von der Steiner-Wienand-Affäre auf die grundlegende Korruptheit des bürgerlichen Parlaments zu schließen, ist verboten. Gleichzeitig räumten die Herren in Bonn den Stein des Anstoßes aus dem Weg. Steiner verschwand in der Versenkung.

Nun, fünf Jahre später, sollte die Affäre endgültig aus der Welt geschafft werden. Mit Hilfe der Klassenjustiz. Steiner tauchte wieder auf. Als Angeklagter wegen „vorsätzlicher Falschaussage". Und das Gericht waltete in geradezu klassischer Weise seines Amtes. Es entschied, Steiner habe zu dem von ihm angegebenen Zeitpunkt (!) kein Geld erhalten! Ergebnis des Prozesses: Steiner wurde zu einer Geldstrafe von 1.500 DM verurteilt. Wegen seines geringen Einkommens kann er dieses Geld in Raten abzahlen!!

Und die Bestechung? Hat sie nun stattgefunden oder nicht? Das wollte und sollte das Gericht nicht prüfen. Wenn es um die Ehrenrettung der heiligen Kuh des Kapitalismus, des Parlaments, geht, dann ist Justitia eben nicht nur auf einem, sondern auf beiden Augen blind.

Brandts "Nord-Süd-Kommission"

Werkzeug der imperialistischen Ausbeuter

Im letzten Monat präsentierte sich der Bonner Ex-Kanzler Brandt in seiner neuen Rolle: als Vorsitzender einer sogenannten „Nord-Süd-Kommission". Auf zwei groß angelegten Veranstaltungen auf Schloß Gymnich am Rhein und Ende Dezember in der indischen Hauptstadt Neu-Delhi stellte Brandt seine Kommission vor und ließ sich über ihre Ziele aus. An erster Stelle nannte er dabei die Notwendigkeit eines „Abbaus der Gegensätze zwischen armen und reichen Ländern".

Diese Gegensätze bezeichnete der SPD-Chef als eine „Herausforderung globalen Ausmaßes" und er selbst — daran ließ er keinen Zweifel — fühlt sich dazu berufen, dieser Herausforderung zu begegnen. Fragt sich nur, wie und in wessen Interesse. Sehen wir uns die „Nord-Süd-Kommission" einmal näher an. Ins Leben gerufen wurde sie von niemand anderem als dem ehemaligen amerikanischen Kriegsminister und jetzigen Chef der unter der Kontrolle der Wallstreet stehenden Weltbank, McNamara. Auf seinen Vorschlag hin übernahm Brandt den Vorsitz dieser Kommission. Die Herren hatten schon in früheren Zeiten gut zusammengearbeitet.



Die richtige Antwort im „Nord-Süd-Dialog"! (Nach einer Karikatur aus „Hosteni").

Als Mitglieder berufen wurden einige Figuren der internationalen Politik, denen der Titel „unabhängige Experten" verliehen wurde. Unabhängig? Da sind zum Beispiel die ehemaligen Regierungschefs von Frankreich und Britannien, Mendès-France und Heath, beide erfahrene Experten in der neokolonialen Ausplünderung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Als Vertreter der „armen Länder" haben sich in der Kommission eingefunden: Eduardo Frei, Chef der chilenischen Christdemokraten, einer von Washington finanzierten Partei, die maßgeblich am faschistischen Militärputsch beteiligt war; Adam Malik, führendes Mitglied der faschistischen indonesischen Suharto-Clique, die, mit Hilfe des CIA und des Bonner Geheimdienstes BND an die Macht geputscht, in einem blutigen Massaker Hunderttausende von Kommunisten und antiimperialistischen Werktätigen hinmordete.

Und diese Ansammlung von einigen der finstersten Gestalten der Weltreaktion, alle durch Hunderte von Fäden mit der amerikanischen Supermacht verbunden, soll angetreten sein, um die „Gegensätze zwischen armen und reichen Ländern" abzubauen? Nein, nicht dazu hat McNamara diese Kommission ins Leben gerufen. Es geht Washington, es geht den Imperialisten in Bonn, London oder Paris nicht um eine „neue Weltwirtschaftsordnung", wie es Brandt jetzt herausposaunte. Es geht ihnen darum, ihre neokolonialistischen Wirtschaftsbeziehungen mit den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas aufrechtzuerhalten. Um die gerechten Forderungen und den Kampf dieser Länder gegen solche Beziehungen zu sabotieren, erfinden sie immer neue „Nord-Süd"-Dialoge, -Konferenzen und -Kommissionen. Damit wollen sie den Eindruck erwecken, als könnten die Probleme der Armut dieser Länder, die Probleme ihrer Verschuldung usw. am Verhandlungstisch mit den Imperialisten gelöst werden.

Aber wer hat denn diese Probleme verursacht? Es sind die imperialistischen Monopole, die ihnen niedrige Preise für ihre Rohstoffe aufzwingen, die gleichzeitig die Preise für Industrieprodukte ständig erhöhen. So bekommen die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas von Jahr zu Jahr weniger Devisen für ihre Rohstoffexporte, müssen aber immer mehr Devisen für die Einfuhr von Industrieartikeln ausgeben. Die Folge ist eine zunehmende Verschuldung dieser Länder, die heute schon eine Höhe von 120 Milliarden Dollar erreicht hat.

Die sogenannten Entwicklungsländer haben in den letzten Jahren eine Reihe von Forderungen wie Erhöhung der Rohstoff-Preise, Aufschiebung oder Erlaß der Schuldenzahlung usw. gestellt. Zu diesen gerechten Forderungen hat sich die Brandt-Kommission nicht vernehmen lassen. Sie wird auch nicht im Traum daran denken, sie zu unterstützen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß sogenannte Vertreter der „dritten Welt" in dieser Kommission sitzen. Die Frei, Malik und Co. sind in Wirklichkeit Lakaien des Imperialismus. Die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas haben immer wieder die Erfahrung gemacht, daß sich ihr antiimperialistischer Kampf auch gegen diese Bluthunde richten muß. Unterstützung in ihrem Befreiungskampf werden sie bei den Werktätigen der kapitalistischen Länder finden.

Kurz berichtet

FRANKFURT

Im Rahmen ihrer Rote-Garde-Kampagne haben die jungen Frankfurter Genossen vor kurzem auch eine Veranstaltung gemacht. Dem Aufruf der Roten Garde Frankfurt waren rund 80 Freunde und Genossen gefolgt, darunter viele, die zum ersten Mal eine Veranstaltung der Roten Garde besucht haben. Nach einer kurzen Rede, die vom Agit-Prop-Trupp mit Liedern umrahmt wurde, führte die Theatergruppe ein Stück aus der „Mutter" von Bertold Brecht auf. Die Theatergruppe war erst im Lauf der Rote-Garde-Kampagne entstanden. Ebenfalls im Verlauf dieser Kampagne entstanden eine Volkslieder- und eine Volkstanzgruppe. Auch ihr Programm wurde begeistert aufgenommen. Die Volkstanzgruppe mußte sogar noch eine Zugabe aufs Parkett legen. Am Schluß der Veranstaltung wurde dann eine rote Fahne mit dem Emblem Ernst Thälmanns versteigert. Diese Versteigerung ergab 130 DM. Die Genossen und Freunde waren von den Vorführungen der Volkstanz- und Volksliedergruppe so begeistert, daß sich nach der Veranstaltung sofort einige von ihnen erkundigten, wie sie da mitmachen können.

HEIDELBERG

An der Universität Heidelberg ist die erste Ausgabe der Zeitung des KSB/ML, „Der Funke", erschienen. Die Genossen



rufen in ihrem Leitartikel die Studenten zum bundesweiten, unbefristeten Streik gegen das Hochschulrahmengesetz auf, prangern die politische Unterdrückung der Studenten durch den kapitalistischen Staat an und enthüllen die verräterische Politik der modernen Revisionisten und Opportunisten. In einem weiteren Artikel setzen sich die Genossen mit der Ideologie und Politik der RAF auseinander.

BAD OEYNHAUSEN

Vor einiger Zeit hat in Vlotho an der Weser Wolfgang Leonhard gesprochen, berühmt-berüchtigt durch sein antikommunistisches Machwerk „Die Revolution entläßt ihre Kinder". Sein Vortrag ging über den „Eurokommunismus", behandelte also die Revisionisten ohne Maske vom Schlage eines Carrillo, Berlinguer, Marchais usw. Unter den Zuhörern Leonhards befanden sich viele Jugendliche. Deshalb hatten die Genossen der Roten Garde beschlossen, dorthin zu gehen und Leonhards antikommunistische Suppe zu versalzen. In der Diskussion nach Leonhards Vortrag, in dem er sich besonders über den offenen Verrat der Berlinguer und Co. am Marxismus-Leninismus erfreut zeigte und dies seinen Zuhörern als den wahren Kommunismus verkaufen wollte, traten die Genossen auf. Sie entlarvten Leonhard und die Eurorevisionisten, propagierten die Linie der Partei und das Beispiel der SVR Albanien. Auch von anderen Jugendlichen wurde Leonhard bedrängt. Die Genossen verkauften zum Schluß noch einige „Rote Morgen" und verteilten die Grundsatzerklärung der Partei.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei.

Offen gesagt ...

Box-Mafia

Jörg Eipel liegt immer noch im Krankenhaus. Bewußtlos. Dem Tod nahe. So hat auch der Kölner Boxer Jupp Elze dahinvegetiert, bis er an seinen Gehirnblutungen starb. Zwanzig Jahre alt ist Jörg erst. 17 Profi-Kämpfe. Im August Europameister im Weltergewicht. Schon nach diesem Kampf mußte Eipel mit Gehirnerschütterung und einer Rißwunde am Auge ins Krankenhaus. Und nun die Herausforderung in Frankreich. Eipel geht zu Boden. Bis acht. Die Verantwortlichen am Ring lassen weiterboxen. Eipel wird bewußtlos geschlagen: Hirnquetschung, Gehirnblutung. Ist das sportliches Risiko? Mangelnde Sorgfalt?

Nein, der junge Boxer ist Opfer dieses perversen kapitalistischen Systems, das aus sportlichem Wettkampf ein Geschäft für Zuhältertypen und Verbrecher aus dem Sumpf von St. Pauli macht. Die Jugendliche wie Jörg mit dem Wedeln von zwei Tausendmarkscheinen dazu bringen, sich für den Profit dieser Gangster den Schädel einschlagen zu lassen.

Sehen wir uns diese Bluthunde an: „Pelz-Willy" aus Berlin, der Manager von Jörg Eipel. Vorbestraft wegen gefährlicher Körperverletzung. Pelzhändler, mit Villa am Nikolassee. Sein Konkurrent im Boxgeschäft: „Goldfinger" Wittenbrink, mit Klunkern aus Gold und Brillanten am Körper, die nie weniger als 250.000 DM wert sind. Und schließlich der „König von St. Pauli", Wilfried Schulz. Rausschmeißer, Croupier, schließlich Besitzer von Hurenhotels und jetzt Box-Manager. Dieser Unterweltler ist bisher 43 Mal verhaftet worden, zur Zeit sitzt er wieder. Aus dem Gefängnis heraus organisierte er die letzte Hamburger Boxveranstaltung. Diese drei beherrschen den deutschen Profi-Boxsport. Diese drei haben den „Bund Deutscher Berufsboxer" in der Hand.

Bei diesen Mafia-Typen von „mangelndem Verantwortungsbewußtsein" zu reden, wie es die bürgerliche Sport-Presse macht, heißt den verbrecherischen Charakter ihres Geschäfts zu verharmlosen. Das Abschlachten im Ring ist, so sagte ein Sportmediziner, „legale Tötung". Bei einem Schlag an den Kopf „schwappt das Gehirn wie ein Pudding in der Schale". Die gleiche Wirkung wie mit dem Kopf gegen ein 30 Stundenkilometer schnelles Auto. Kein Wunder, daß schon 550 Boxer in den Ringen zugrundegingen, seit um Geld geboxt wird. Hirnschäden sind die Regel. Allein in England dämmern 1.700 ehemalige Boxer, erblindet oder verblödet, in Heilanstalten vor sich hin.

Dieses mörderische Geschäft mit Gesundheit und Leben hat mit Sport auch nicht einen Funken zu tun. Für den Klunker, für die zwei Hausbars in der Villa am Nikolassee müssen die Boxer sich den Schädel blutig schlagen lassen. Jörg Eipel mußte bis zum Schluß im Ring bleiben, „weil eine Niederlage nach Punkten den Handelswert des Boxers weniger beeinträchtigt als ein k.o." Diese Profitgier, diese skrupellose Kalkulation bedeutet für den jungen Eipel Siechtum oder Irrenhaus. Wenn er überhaupt noch aufwacht.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Grußbotschaft von Radio Tirana an die Proletarier und Revolutionäre, die für nationale und soziale Befreiung kämpfen

Immer zum Abschluß eines Jahres und zum Auftakt eines neuen, ziehen die revolutionären Kräfte überall auf der Welt die Bilanz der Kämpfe und Anstrengungen für ihre großen Ideale in den 365 Tagen des zu Ende gehenden Jahres. Das Proletariat, die Revolutionäre und die Völker, die für Freiheit, Unabhängigkeit und Sozialismus kämpfen, marschieren auf dem Weg der Geschichte mit dem ihnen eigenen Optimismus mit voller Siegeszuversicht für die unbesiegbare Sache der Revolution. Das ist berechtigt. Denn der weltweite revolutionäre Prozeß schreitet stets voran. Imperialismus, Sozialimperialismus, das gesamte weltweite System der Unterdrückung sind in Fäulnis begriffen und gehen ihrem Untergang entgegen.

Die internationale Lage ist heute erfüllt von Widersprüchen, von großen Konfrontationen zwischen der bürgerlich-revisionistischen Welt einerseits und dem Sozialismus, dem Weltproletariat und seinen Verbündeten andererseits. Auch dieses Jahr bestätigte wieder, daß die Welt mit der Revolution schwanger geht, daß die revolutionäre Gärung alle Kontinente ergriffen hat. Die Ereignisse bestätigen erneut, wie richtig die marxistisch-leninistische Einschätzung der internationalen Lage ist, die Genosse Enver Hoxha auf dem VII. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens gab. **„Die Welt befindet sich heute in einer Phase, in der die Sache der Revolution und der nationalen Befreiung der Völker nicht mehr nur ein Ideal und eine Perspektive ist, sondern ein Problem, das zur Lösung ansteht."**



Begeistert begrüßten die Massen Albaniens den VII. Parteitag der PAA. Das Bild zeigt eine Demonstration mit den Delegierten des Parteitags an der Spitze.

Dies sieht man auch an der machtvollen Entwicklung aller großen revolutionären Strömungen unserer Zeit, die einen einzigen, weltweiten, revolutionären Prozeß bilden. Diese Entwicklung zeigt sich darin, daß sich der Sozialismus in den Ländern, die konsequent den Weg der revolutionären Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin beschreiten, stets festigt.

Die Sozialistische Volksrepublik Albanien hat in diesem Jahr, von den unvergänglichen Ideen des Marxismus-Leninismus erleuchtet, in der Umsetzung der historischen Beschlüsse des VII. Parteitages der Partei der Arbeit Albaniens glänzende Erfolge auf allen Gebieten errungen. Fest vereint um die Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze, dem großen Prinzip des Marxismus-Leninismus, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen, treu, baut das albanische Volk erfolgreich den Sozialismus auf, indem es mutig allen Blockaden der imperialistischen und revisionistischen Feinde standhält. Albanien schreitet mutig und konsequent auf dem Weg des Sozialismus voran. Es zerschlägt dabei die Angriffe des Imperialismus, des modernen Revisionismus und der Weltreaktion. Es leistet damit seinen Beitrag zur Verteidigung und Entfaltung der Sache des Sozialismus.

In machtvollen Wogen wuchs in diesem Jahr der Klassenkampf des Proletariats sowie der werktätigen Massen gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung an. Diese stets im Anstieg begriffenen Klassenkämpfe sind Bestandteil des weltweiten revolutionären Prozesses. Millionen Arbeiter, Bauern und Werktätige der verschiedenen Berufe in Spanien, Italien, in den USA, der Deutschen Bundesrepublik, England, Japan und Indien, in allen Teilen des Erdreichs erhoben sich mutig und gingen auf die Straße im Kampf gegen den Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie und der Reaktion und für die Rechte, die ihnen abgesprochen werden. Protestwellen der Arbeiter in verschiedenen Formen gab es trotz des brutalen faschistischen Terrors auch in der Sowjetunion, Polen usw., wo die machthabenden Revisionistencliquen den Haß und die Empörung der werktätigen Massen nicht aufhalten können. Die objektiven Bedingungen der Revolution reifen in der ganzen Welt immer mehr heran. Unter diesen Bedingungen verstärken die jungen marxistisch-leninistischen Parteien der verschiedenen Länder der Welt ihren Kampf gegen Imperialismus, Revisionismus und Opportunismus und verbinden sich eng mit den breiten Massen der Werktätigen, indem sie sich an die Spitze des Kampfes gegen die kapitalistische Unterdrückung und Ausbeutung stellen. Die Festigung der wahren marxistisch-leninistischen Parteien ist eben ein Beweis des Vertrauens des Proletariats zum Marxismus-Leninismus, ein Beweis seines Vormarsches auf dem Weg der Revolution.

Die Befreiungsbewegung der Völker, die gegen Unterdrückung und Besatzer, für Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen, nahm in diesem Jahr einen starken Aufschwung. Der Kampf des tapferen palästinensischen Volkes, der Völker Namibias, Azanias und Simbabwes, der Völker Lateinamerikas nahm umfangreiche Ausmaße an. Die wütenden Attacken der imperialistischen und der jeweiligen einheimischen Reaktion waren nicht imstande, den Befreiungskampf der Völker in den verschiedenen Ländern der Welt niederzuzwingen.

Es ist klar, daß die Siege der großen revolutionären Strömungen unserer Zeit, die Siege des Sozialismus, der revolutionären Bewegung des Proletariats und des Befreiungskampfes der Völker schwere Schläge für den USA-Imperialismus, den sowjetischen Sozialimperialismus, für die gesamte Weltreaktion sind. Das bürgerlich-revisionistische System versinkt noch mehr in seiner wirtschaftlichen, politischen, sozialen und ideologischen, kulturellen und geistigen Krise, und es zeigte sich noch deutlicher seine Ohnmacht, aus der Krise herauszugelangen.

Die verschiedenen Ereignisse auf der Welt im Jahr 1977 bewiesen erneut, wie richtig die korrekten Schlußfolgerungen der Partei der Arbeit Albaniens sind, daß der USA-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus die wildesten und gefährlichsten Feinde der Völker der Welt sind. Die Ereignisse im Nahen Osten, am Horn von Afrika, im Indischen Ozean, im Mittelmeerraum und in anderen Gegenden sind ein Beweis dafür, daß die Aggressivität und die Gefährlichkeit der Politik der beiden Supermächte stets zunehmen. Die Erhöhung ihrer Militäretats, ihr wahnsinniges Wettrüsten, ihre fortwährenden Militärmanöver, die Stärkung der aggressiven Blöcke wie der NATO und des Warschauer Vertrags, all das zeigt, daß der Imperialismus und Sozialimperialismus auf den Krieg zusteuern. Die verschiedenen demagogischen Farcen, die die beiden imperialistischen Supermächte angeblich für Sicherheit, Abrüstung und Frieden in diesem Jahr organisierten, wie die Konferenzen in Belgrad, Genf und Wien, können nicht die Wahrheit vertuschen, daß es in der Welt keine Entspannung und Verbesserung der internationalen Lage gibt, daß im Gegenteil die Spannungen zunehmen infolge der Politik, der Komplotte und Intrigen der Imperialisten und Sozialimperialisten. Diese Realität macht es für das Proletariat und die Völker zur Notwendigkeit, ihre Wachsamkeit gegenüber der von den beiden Supermächten und den anderen imperialistischen Mächten betriebenen Politik der Aggression und des Krieges zu erhöhen.

Die Arbeiterklasse und die Völker werden sich überall mehr der Notwendigkeit bewußt, daß sie nur durch konsequenten Kampf die Sache der nationalen und sozialen Befreiung voranführen werden, und die historische Erfahrung bewies, daß der einzige Weg zur revolutionären Umgestaltung der Welt, zur Befreiung aus dem Joch der nationalen und sozialen Unterdrückung die Revolution ist. Indem sie die Bilanz des Kampfes ziehen, bekunden das Proletariat, die Völker und die aufrechten Revolutionäre ihre große Zuversicht in die Sache der Revolution, die ein allgemeingültiges Gesetz und die Haupttendenz unserer Epoche ist.

Zum Jahreswechsel übermittelt Radio Tirana allen Proletariern, allen marxistisch-leninistischen Revolutionären und allen Völkern revolutionäre Grüße und wünscht ihnen weitere Siege im Kampf gegen Imperialismus, Revisionismus, Bourgeoisie und Reaktion. Alles Gute, Genossen und Freunde, und viele neue Siege, um die Fahne des Marxismus-Leninismus stets hochzuhalten und die Sache der Revolution voranzutragen!

(gesendet am 31. 12. 77. Hervorhebungen von uns — RM)

Ab 1978 zweimonatliche Erscheinungsweise

Abonniert 'Der Weg der Partei'!

Mit Beginn des neuen Jahres wird das Theoretische Organ der KPD/ML, „Der Weg der Partei", als regelmäßige Zweimonats-Zeitschrift erscheinen. Dies bedeutet einen wichtigen Schritt vorwärts für den Kampf der Partei an der theoretischen Front.

Mit dem III. Parteitag hat die KPD/ML an den verschiedenen Abschnitten des Kampfes — ob im Kampf gegen die Verschlechterung der Lage der werktätigen Massen, im Kampf gegen zunehmende Faschisierung und politische Unterdrückung der Werktätigen oder im Kampf gegen das Hegemoniestreben und die Kriegspolitik der zwei Supermächte und für die nationale Einheit Deutschlands — ihre Aktivitäten ausgeweitet und verstärkt. Diese Ausweitung des Kampfes verlangt aber zugleich, daß die vielen Fragen, die sich im Verlauf des Kampfes stellen, auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Theorie geklärt werden.

In der bisherigen Erscheinungsweise hat „Der Weg der Partei" nur auf einige grundlegende Fragen eingehen können. Im übrigen wurde diese Aufgabe vor allem durch den „Roten Morgen" wahrgenommen, der in längeren Artikeln und Beilagen auf die verschiedendsten theoretischen Fragen des Kampfes eingegangen ist. Durch die zweimonatliche Erscheinungsweise wird es jetzt „Dem Weg der Partei" möglich sein, aktuell auf die wichtigsten Fragen des Kampfes einzugehen. Dabei wird gerade auch die Verteidigung der marxistisch-leninistischen Theorie gegenüber den verschiedensten Spielarten des modernen Revisionismus eine wichtige Rolle spielen.

Geplant sind für die kommenden Ausgaben des theoretischen Organs unter anderem Beiträge

- zur „Theorie der drei Welten",
- zum Programmentwurf der DKP-Revisionisten,
- zu Fragen der Führung des ideologischen Kampfes innerhalb der Partei,
- zur Gewerkschaftsarbeit,
- zum sogenannten „Eurokommunismus" usw.

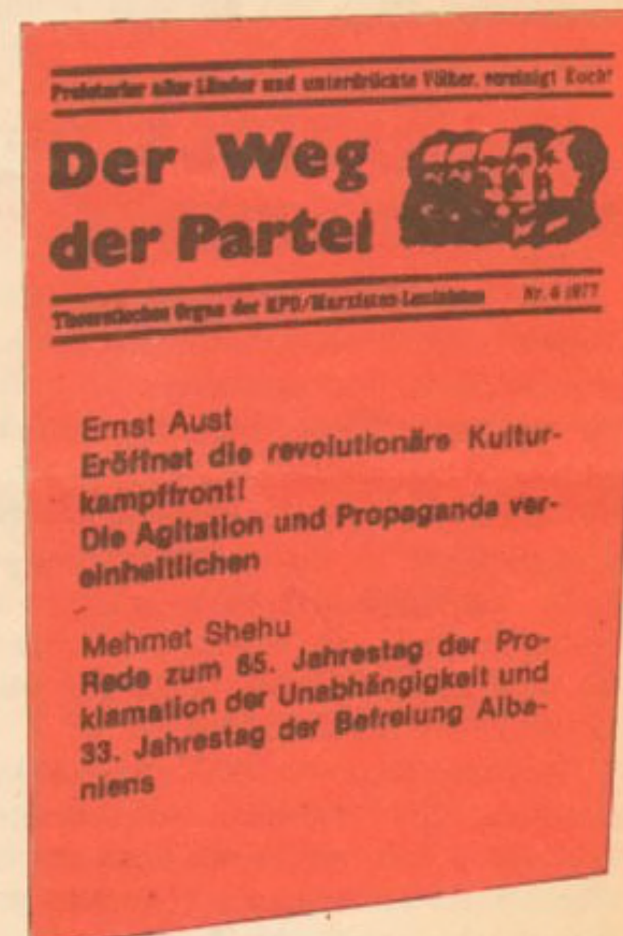
Jede Ausgabe wird in der Regel ein bis zwei längere Beiträge umfassen. Darüber hinaus werden auch Buchbesprechungen und Berichte ein Bestandteil der Zeitschrift sein. Die einzelnen Ausgaben werden einen Umfang von 60 bis 80 Seiten haben.

Neben der regelmäßigen zweimonatlichen Ausgabe des Theoretischen Organs sind auch Sonderausgaben zu bestimmten Fragen und Themen geplant, die von Umfang und Charakter her über den Rahmen der regelmäßigen Zeitschrift hinausgehen. Die erste dieser Sonderausgaben wird auf wichtige Fragen in der Auseinandersetzung mit dem KBW eingehen.

Abonniert „Der Weg der Partei"!

Mit dem regelmäßigen Erscheinen des Theoretischen Organs ist es jetzt auch möglich, „Der Weg der Partei" im Abonnement zu beziehen. Das Abonnement umfaßt sechs Ausgaben pro Jahr. Im Preis von 15 DM pro Jahr ist die Zustellung durch die GEWISO mit einbegriffen. Nicht eingeschlossen im Abonnement sind die Sonderausgaben. Zugleich ist die Zeitschrift auch einzeln über Läden und Büchertische der Partei zum Einzelpreis von 3 DM sowie über die GEWISO zusätzlich der Portokosten zu beziehen. Die Abonnement-Bestellungen sind zu richten an die GEWISO, Postfach 50 05 68, 2 Hamburg 50.

„Der Weg der Partei" Nr. 6 erschienen!



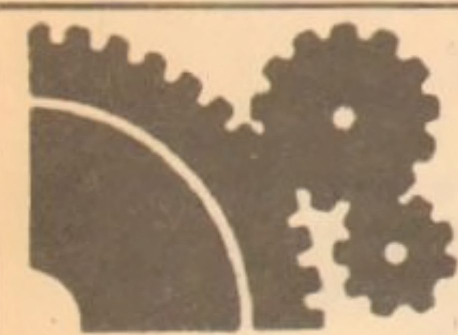
Referat des Genossen Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, auf der zentralen AP-Konferenz Ende September 1977 in Dortmund: Eröffnet die revolutionäre Kulturkampffront! Die Agitation und Propaganda vereinheitlichen! Ausrichtung zur Verbesserung und Vereinheitlichung der Agitation und Propaganda und der Arbeit der Partei auf dem Kultursektor.

Aus dem Inhalt: Zwei nationale Kulturen • Revisionistische Kulturentartung • Verteidigt das fortschrittliche Kulturerbe • Unsere Waffe — der sozialistische Realismus • Arbeit mit den fortschrittlichen Kulturschaffenden • Wir brauchen eine revolutionäre Kulturzeitschrift • Zur Arbeit der Agit-Prop-Trupps • Der Film — ein wichtiges Mittel der Agit-Prop • Die Zeitung im Klassenkampf • Das notwendige technische und künstlerische Können.

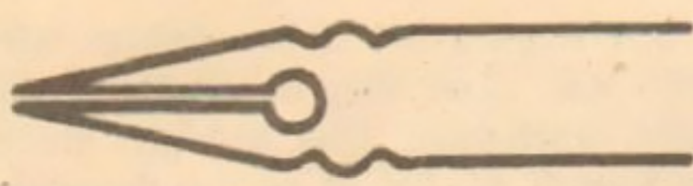
Rede von Mehmet Shehu, Mitglied des Politbüros des ZK der PAA und Vorsitzender des Ministerrats der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, zum 65. Jahrestag der Proklamation der Unabhängigkeit und 33. Jahrestag der Befreiung Albaniens am 29. November 1977 in Vlora. Über den heroischen Befreiungskampf des albanischen Volkes, die Entwicklung des Sozialismus in den letzten 33 Jahren, über den unverrückbaren revolutionären Standpunkt der Partei der Arbeit Albaniens und der SVR Albanien zu wichtigen Fragen der internationalen Politik und die Notwendigkeit des entschlossenen Kampfes gegen alle Theorien und Spielarten des modernen Revisionismus, vor allem auch die neue revisionistische Strömung der „Theorie der drei Welten".
84 Seiten, Preis DM 3,00.

Zu bestellen bei: GEWISO-Buchvertrieb, Postfach 50 05 68, 2000 Hamburg 50.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

„Wenn nicht geheizt wird, arbeiten wir nicht!"

Liebe Genossen,

als am Montag, den 19. 12., die Arbeiterinnen einer kleinen Textilfabrik in der Nähe von Montabaur morgens zur Arbeit erschienen, fanden sie ihren Arbeitsplatz fast unbeheizt vor. Empört erklärten sie, daß bei einer Temperatur von 15 Grad erst gar nicht mit der Arbeit begonnen würde. Am Telefon erklärten sie dem Kapitalisten kurz und bündig: „Wenn der Raum bis 10 Uhr nicht mindestens 20-25 Grad warm ist, wird heute überhaupt nicht gearbeitet!" Daraufhin verließen sie gemeinsam den Betrieb, nicht ohne vorher den Personalchef darauf hinzuweisen, sich ja nicht einfallen zu lassen, den Lohn für die ausgefallene Arbeitszeit zu streichen.

Als die Kolleginnen um 10 Uhr wieder erschienen, fanden sie sowohl Heizungen, die auf Hochtouren liefen, vor als auch einen Kapitalisten, der angesichts dieser geschlossenen Kampffront kleinlaut durch die Halle schlich.

Ausdrücklich wurde betont, daß dies das erste und letzte Mal sei, so sie eine unbeheizte Halle vorfinden würden. Beim nächsten Mal fiele gleich für den ganzen Tag die Arbeit aus.

Ein Genosse aus Montabaur

Kampf gegen Mehrarbeit

Liebe Genossen!

Ich bin Verkäuferin in der Filiale einer Lebensmittelkette. Ich möchte Euch erzählen, wie sich die Verkäuferinnen unserer Filiale gegen einen unerhörten Angriff des Filialleiters zusammenschlossen. Er eröffnete uns vor kurzem, daß wir vom 15. 12. bis Weihnachten schon um sieben statt um halb acht im Geschäft erscheinen sollten. Und das ohne jegliche Bezahlung oder andere Vergütung!

Die Kollegen schimpften alle vor sich hin und wollten das natürlich nicht. Eine Kassiererin sagte: „Das ist ja unglaublich, das mache ich nicht mit. Aber wenn nur einer was sagt, dann nützt es nichts, wir müssen schon alle zusammenhalten." Nun machte eine Kollegin den Vorschlag, daß man einen Brief schreiben müßte, worin wir sagen, daß wir dagegen sind. Alle sollen unterschreiben, damit niemand alleine vor dem Filialleiter sprechen muß. Das fanden alle dufte. Ich setzte einen Brief auf und ging von Kollegin zu Kollegin. Als es ums Unterschreiben ging, gerieten einige ins Schwanken. Manche haben Kinder und können sowieso nicht eher da sein. Eine andere Kollegin z. B., die noch in der Probezeit ist, hat natürlich Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Der Fleischermeister, der sich sonst in Worten gegen alles Mögliche auflehnt, gab seine Unterschrift nicht, mit der Begründung: „Das hat sowieso keinen Sinn, das gibt nur einen Riesenkrach." Ich machte dann klar, daß man bei so einer Sache einen klaren Trennungsstrich ziehen muß, ob man auf der Seite der Kollegen oder auf der Seite der Geschäftsleitung steht. Durch unsere Unterschrift drücken wir einheitlich aus, daß wir uns nichts gefallen lassen.

Eine Kollegin meinte, wir müßten den Betriebsrat anrufen. Das tat ich dann, und dort mußte ich erst einmal meinen Namen und die Filiale angeben. Der Betriebsrat wußte von solch einer Regelung nichts, eine Hilfe gegen diese Maßnahme aber bot er uns auch nicht an.

Dann gaben alle, bis auf den Meister, ihre Unterschrift. Am nächsten Tag versuchte uns der Filialleiter durch Einzelgespräche zu spalten, womit er bei zwei Kolleginnen Erfolg hatte. Uns andere versuchte er, wo er nur konnte, zu schikanieren. Obwohl zwei Kolleginnen zum Schluß noch zurückwichen, haben wir doch einen Erfolg erzielt, der gezeigt hat, daß die kleinen Angestellten bereit sind, sich gegen Angriffe auf sie entschlossen zur Wehr zu setzen. Nächstes Mal wird es keine zurückweichenden Kollegen mehr geben!

Rot Front!
Eine Genossin aus Westberlin

Entlassung gescheitert!

Genossen!

Die Kapitalisten versuchen mit allen Mitteln unsere ausländischen Kollegen aus unserem Betrieb abzuschieben. So waren bei den letzten Entlassungen im Frühjahr die ausländischen Kollegen sehr stark betroffen. Die gleiche Diskriminierung bei Einstellungen: Es wird eine Putzfrau gesucht. Es haben sich schon eine ganze Reihe ausländischer Kolleginnen gemeldet, aber sie werden nicht eingestellt, man will keine Ausländer mehr.

In dieser Situation lassen sich die Kapitalisten alle möglichen widerwärtigen Tricks einfallen, um die, die noch bei uns arbeiten, zu schikanieren und dann aus dem Betrieb zu werfen. So arbeitete ein türkischer Kollege in der Malerei. Als die Arbeit weniger wurde und der Kollege mit seiner Zeit nicht mehr zurecht kam, einigte er sich im Beisein eines Betriebsrates mit dem Betriebsleiter, daß er in einer anderen Abteilung arbeiten soll, in Lohngruppe sechs, bei einem Lohn von 9,25 DM, bisher hatte er Akkord.

Diese Änderung, mit der er einverstanden war, wurde schriftlich an das Personalbüro weitergegeben. Als der Lohnänderungsantrag und Arbeitsplatzwechsel über den Betriebsrat gingen, sah die Lohn- und Arbeitsplatzänderung vom Personalbüro aber ganz anders aus als die, die der Kollege mit der Firma vereinbart hatte. Da wurde er erstmal von Lohngruppe sechs auf fünf runtergestuft, zwar auch bei 9,25 DM, aber bei Lohnerhöhungen schneidet er dann schlechter ab, weil Lohnerhöhungen auf den Grundlohn gezahlt werden, und der ist bei fünf natürlich niedriger als bei sechs. Aber der dickste Hammer kam noch im Zusatz dieser Mitteilung.

Da stand dann sinngemäß, daß der türkische Kollege sich in dem Augenblick, wo ein anderer Kollege, der zur Zeit krank ist, wiederkommt, als entlassen betrachten kann. Als die Kollegen davon erfuhren, waren sie sehr sauer, einmal deshalb, weil man die Schwierigkeiten des türkischen Kollegen ausnutzte, ihn zu feuern, und zweitens, mit welcher Frechheit man kranke und gesunde Kollegen gegeneinander ausspielt. Selbst der Betriebsrat konnte eine solche offene Provokation nicht zustimmen, sonst hätte es Krach in den Werkstätten gegeben. Was tat man, um den aufkommenden Sturm zu besänftigen, man ließ alles beim alten. Sicherlich kommt dieser Kollege bei einer für den Kapitalisten günstigeren Zeit wieder auf die Entlassungsliste. Aber die Kollegen müssen trotzdem auf der Hut sein, um solche Angriffe sofort abzuwehren, und sie lernen von Mal zu Mal dazu, wie man sie alle zusammen oder einzeln übers Ohr hauen will!

Ein Genosse von Elac

Gegen den Rationalisierungsfeldzug

Druckereiarbeiter weiter im Kampf

Auch in den vergangenen zwei Wochen kämpften die Druckereiarbeiter weiterhin mutig gegen den Rationalisierungsfeldzug in der Druck- und Verlagsindustrie. Trotz der Kapitulationspolitik des IG-Druck-Apparats, trotz des Bemühens von Mahlein und Konsorten, die Kollegen in die Resignation zu treiben, ist die Kampfbereitschaft nach wie vor groß. Allein in der Woche vor Weihnachten kam es in mehr als 30 Druckereien und Verlagshäusern wieder zu Warnstreiks.

So legten die Kollegen im „Münchner Zeitungsverlag" am 22. 12. im Verlauf des Tages die Arbeit mehrfach nieder. Infolgedessen konnten die beiden Zeitungen, die in diesem Verlagshaus gedruckt werden, „Münchner Merkur" und „tz", am nächsten Tag nicht erscheinen. Einen Tag später traten die Kollegen im „Münchner Verlagshaus" erneut in den Streik. Diesmal, um die Bezahlung der Streikstunden zu erzwingen. Auch bei Madsack & Co. in Hannover konnten mehrere Tageszeitungen, die dort gedruckt werden, infolge eines Streiks nicht in normaler Form erscheinen. Sie mußten mit weißen Flecken und in verkleinertem Umfang erscheinen.

Der Kampf der Druckereiarbeiter ist völlig berechtigt und notwendig. Die Druckereikapitalisten nutzen die Einführung neuer Techniken aus (vor allem von computergesteuerten Lichtsatzgeräten und Bildschirmterminals), um die Betriebe rigoros durchzurationalisieren. Sie wollen einen großen Teil der Beschäftigten „abbauen", teils durch direkte Massenentlassungen, teils durch sogenannte „natürliche Abgänge". Sie wollen die Löhne drücken, und zwar nicht zuletzt indem sie die Arbeit dequalifizieren und keine Facharbeiterlöhne mehr bezahlen.

Die Druckereiarbeiter sind entschlossen, sich dagegen mit aller Kraft zu wehren. Sie wollen die tarifvertragliche Zusicherung erzwingen, daß durch die Einführung der neuen Techniken niemand entlassen werden darf. Diese Forderung ist sehr wichtig. Der Kampf dafür ist eine Stärkung des Kampfes der ganzen Arbeiterklasse gegen die Arbeitslosigkeit. Die Druckereiarbeiter fordern weiter, daß kein Facharbeiter durch die neuen Techniken in eine niedrigere Lohngruppe gedrückt, also nur noch wie ein ungelernter Arbeiter bezahlt werden darf. Auch diese Forderung ist berechtigt, denn warum sollen die Arbeiter durch niedrigere Löhne den Kapitalisten zu höheren Profiten verhelfen? Eine Forderung, die in diesem Zusammenhang von vielen Kollegen ebenfalls vertreten wird, beinhaltet, daß nur Fachkräfte der Druckindustrie an den Bildschirmterminals beschäftigt werden dürfen. Diese Forderung halten wir allerdings für nicht gut, denn sie geht über die Interessen der ungelernten Kollegen hinweg und schadet dadurch der geschlossenen und einheitlichen Kampffront.

Richtig ist es allerdings, wenn die Druckereiarbeiter sich dagegen wenden, daß Journalisten die Bedienung der Bildschirmterminals übertragen bekommen. Denn das würde bedeuten, daß die Arbeitsplätze im Bereich der Texterfassung und des Satzes völlig vernichtet und daß diese Tätigkeit in die Redaktionen verlagert und den Journalisten als zusätzliche Arbeit aufgebürdet würde. Eine wichtige Forderung, die die Druckereiarbeiter gegen die Rationalisierungsangriffe aufgestellt haben, ist die Forderung nach Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich für alle. Diese Forderung stärkt ebenfalls direkt die gesamte Kampffront der Arbeiterklasse gegen Rationalisierungsterror und Arbeitsplatzvernichtung.

Der Gewerkschaftsapparat der IG Druck und Papier hat die Forderungen der Druckereiarbeiter in wesentlichen Punkten jetzt schon verraten. So verzichtet er z. B. in seinem Tarifvertragsentwurf auf die Forderung, daß niemand wegen der Einführung der neuen Techniken entlassen werden darf. Stattdessen fordert er eine Abfindung für diejenigen, die — wie es in dem Tarifvertragsentwurf heißt — „erkennbar nicht weiterbeschäftigt werden können". Hieran zeigt sich klar, daß der IG-Druck-Apparat nicht die Interessen der Arbeiter verteidigt, sondern daß er von den Profitinteressen der Kapitalisten ausgeht. Er tritt nur in Worten gegen Arbeitsplatzvernichtung, Entlassungen und Arbeitslosigkeit auf. Seine Taten dagegen bedeuten Sabotage und Verrat am Kampf gegen Arbeitslosigkeit.

Anstatt endlich einen machtvollen Streik zu initieren, damit die Unternehmer die Faust der Arbeiterschaft spüren, werden immer wieder neue Verhandlungstermine angesetzt. Jetzt hat Mahlein mit den Druck- und Verlagskapitalisten wieder einen neuen Verhandlungstermin vereinbart: den 19. Januar. So versuchen die Gewerkschaftsbonzen die Sache endlos in die Länge zu ziehen in der schmutzigen Hoffnung, daß sich schließlich Resignation unter den Belegschaften ausbreitet und die Kampfbereitschaft erlahmt.

Aber es wächst der Widerstand gegen dieses Vorgehen des IG-Druck-Apparats. Z. B. kamen die Warnstreiks, die am 13. Dezember in einer Reihe Hamburger Druckbetriebe durchgeführt wurden (darunter auch in Akzidenzdruckereien, also Druckkereien, die momentan noch nicht von der Rationalisierungswelle betroffen sind, wo die Kollegen also aus reiner Solidarität streikten), gegen den Willen des Gewerkschaftsapparates zustande. Der Beschluß zu diesen Streiks wurde am Tag zuvor auf einer Delegiertenversammlung des Hamburger Ortsverbandes der IG Druck gefaßt. Der Ortsvorstand tat nichts, um den beschlossenen Streik zu organisieren. Das nahmen dann klassenbewußte und revolutionäre Druckereiarbeiter selbst in die Hand.

2000 Kollegen demonstrieren

Keine Entlassungen auf der Werft!

Am 20. Dezember fand in Rendsburg eine Demonstration mit etwa 2.000 Arbeitern der Werft Nobiskrug und der Krögerwerft statt. Die Kollegen auf diesen Werften haben schwere Sorgen: Ihre Arbeitsplätze sind in Gefahr. Auf beiden Werften wurden bereits Arbeiter entlassen mit der Begründung: „Arbeitsmangel". Bei Nobiskrug sollen in den kommenden Wochen und Monaten 500 bis 1.000 Kollegen ihren Arbeitsplatz verlieren.

Gegen diese Angriffe wächst die Kampfbereitschaft unter den Werftarbeitern. Wie aber kann dieser Kampf erfolgreich geführt werden? Wer ist Freund, wer Feind, wo verläuft dabei die Frontlinie? Der DGB-Apparat, die IGM-Bonzen wie Lilienfeld, Lausch, Krambeck usw., unter deren Führung die Demonstration stand, tun alles, um ja keine Klarheit über diese Fragen aufkommen zu lassen.

So hat der IGM-Apparat die Werftarbeiter nicht etwa zum Kampf gegen die Kapitalisten mobilisiert. Er hat im Gegenteil die Demonstration gemeinsam mit den Werftkapitalisten und den bürgerlichen Parteien organisiert, in enger Zusammenarbeit mit diesen Feinden der Arbeiterschaft. So hat er auch eine Betriebsvereinbarung mit den Werftherren abgeschlossen, die das Erscheinen auf der Demonstration zur Pflicht für die Arbeiter erklärt. Die Ausfallzeit durch die Demonstration wurde von den Werftherren freiwillig bezahlt. In der Betriebsvereinbarung mit der Krögerwerft hieß es: „Arbeitnehmer, die nicht an der Demonstration teilnehmen, haben keinen Anspruch auf Arbeit und Bezahlung der Ausfallzeit."

Daß die Kapitalisten sogar Geld für eine Demonstration der Arbeiter locker machen, mutet schon sehr merkwürdig an. Allerdings ist das gar nicht mehr so verwunderlich, wenn man weiß, für welche Forderung die Kollegen da demonstrieren sollten: „Mehr Subventionen aus Bonn und Kiel für die Werftkapitalisten — Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Werftindustrie gegenüber dem Ausland". Das waren die Hauptforderungen, danach schreien die IGM-Bonzen und Politiker von SPD und CDU, die als Redner auf der Kundgebung auftraten. Diese Forderungen standen auch auf Schildern und Transparenten, die auf Anweisung der Werftbosse in den werfteigenen Malerwerkstätten hergestellt wurden.

Aber sichern Subventionen für die Kapitalisten etwa unsere Arbeitsplätze? Welch ein Hohn auf die Wirklichkeit! Sie haben nur eines zur Folge: daß die Kapitalisten sich mit unseren Steuergeldern noch mehr die Tasche vollstopfen können. Zwischen Arbeitern und Kapitalisten gibt es keine gemeinsamen Interessen. Daß der IGM-Apparat die Arbeiter dazu verleiten will, sich vor den Karren der Profitinteressen ihrer Ausbeuter spannen zu lassen, ist ein widerlicher Verrat an den Interessen der Arbeiter. Es zeigt, daß der DGB-Apparat durch und durch arbeiterfeindlich und reaktionär ist.

Wer ist denn schuld an der Wirtschaftskrise, an der Überproduktion im Schiffbau, an der Massenarbeitslosigkeit? Etwa das Ausland? Die angeblich schlechten Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Schiffsbauindustrie? Das ist doch Unfug! Sicher hängt das auch mit der Konkurrenz auf dem Weltmarkt zusammen. Aber letztlich liegen die Ursachen einzig und allein im kapitalistischen Ausbeutersystem, im skrupellosen Profitstreben der Kapitalisten, die sich einen Dreck um die Lage der Arbeiter, um die Sicherheit der Arbeitsplätze scheren. Bei Nobis z. B. führten die Werftherren erst Entlassungen „wegen Arbeitsmangel" durch, und kurz danach ließen sie die Belegschaft wieder Überstunden schieben, um so einen größeren Reibach zu machen.

Niemals gemeinsam mit den Kapitalisten und den Vertretern ihres Ausbeuterstaates, sondern nur im unversöhnlichen Kampf gegen sie können Rationalisierungsterror, Massenentlassungen und Lohnraub zurückgeschlagen werden. Das spüren auch die Kollegen auf den Rendsburger Werften. Die chauvinistische Lügenpropaganda der Kundgebungsredner fand kaum Beifall unter den Werftarbeitern. Die Kollegen werden sich nicht widerstandslos von den IGM-Bonzen verschaukeln lassen, sondern ihren Kampf mehr und mehr selbständig führen. Ein Anfang ist schon gemacht. Auf der Demonstration schlossen sich klassenbewußte und revolutionäre Kollegen unter einem Transparent zusammen, auf dem zu lesen war: „Wir fordern: keiner darf entlassen werden, Übernahme aller Lehrlinge!" Außerdem verteilte die Rote Garde (Jugendorganisation der KPD/ML) ein Flugblatt auf den Werften, das die Politik des IGM-Apparats entlarvte und für einen konsequenten Kampf Stellung bezog.

Kämpft für revolutionäre Betriebsräte

Fortsetzung von Seite 1

Wenn heute in den meisten Betrieben der Betriebsrat eine reaktionäre, arbeiterfeindliche Aktivität betreibt, so ist das kein Zufall. Die Betriebsräte wurden von der Bourgeoisie als Instrument zur Schwächung und Spaltung der Kämpfe der Arbeiter ins Leben gerufen. Zwecks Tarnung wurden sie mit dem Etikett „Interessenvertretung der Belegschaft“ versehen. Die Funktion der Betriebsräte wird jedoch durch das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz (BVG) bestimmt. Bekanntlich verpflichtet dieses Gesetz die Betriebsräte zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ mit den Kapitalisten, und es gebietet ihnen die „Wahrung des Betriebsfriedens“. Es erlegt ihnen sogar die „Schweigepflicht“ gegenüber der Belegschaft auf, also gegenüber den Arbeitern und Angestellten, von denen sie gewählt wurden.

Es kann weder das Ziel der Arbeiterklasse sein, noch besteht überhaupt die reale Möglichkeit, die Einrichtung der Betriebsräte „umzufunktionieren“ und sie in eine Waffe gegen die Kapitalisten zu verwandeln. Denn die Arbeiterklasse muß sich im unversöhnlichen Kampf gegen die Kapitalisten, gegen das kapitalistische Ausbeutersystem zusammenschließen. Dabei muß sie sich ihre eigenen Waffen, ihre eigenen Kampforgane schaffen. Aber trotzdem wäre es ein Irrtum zu glauben, die Betriebsratswahlen seien unwichtig für den Kampf der Arbeiterklasse. Und obwohl die Institution der Betriebsräte bürgerlicher Natur ist, ist es für den proletarischen Klassenkampf doch von großem Nutzen, wenn klassenkämpferische und revolutionäre Kollegen in sie eindringen. Dabei ist klar, daß revolutionäre Betriebsräte sich nicht an das reaktionäre BVG halten können.

Warum haben denn die Kapitalisten und der DGB-Apparat so große Furcht davor, daß unbestechliche und revolutionäre Kollegen, die sich weder kaufen noch einschüchtern lassen, in den Betriebsrat gelangen? **Weil es ihnen dadurch erschwert wird, den Betriebsrat als wirkungsvolle Waffe zur Täuschung und Verschaukelung der Belegschaften einzusetzen. Weil sie dann damit rechnen müssen, daß dunkle Machenschaften und Korruption innerhalb des Betriebsrats ans Tageslicht gezerrt werden. Weil es für die gekauften „Arbeitnehmervertreter“ dann nicht mehr so einfach ist, die Interessen und Forderungen der Arbeiter niederzubügeln und gleichzeitig nach außen hin mit scheinradikalen Sprüchen dennoch das Image des „harten Arbeitervertreters“ zu wahren.**

Was machen diese Helden des Arbeiterverrats, wenn revolutionäre Betriebsräte z. B. Anträge stellen, die auf die Durchsetzung der Forderungen der Kollegen abzielen (z. B. Ablehnung von geplanten Rationalisierungsmaßnahmen, Verweigerung der Zustimmung zu geplanten Entlassungen, Ablehnung fauler Sozialpläne, Forderung nach vollem Lohnausgleich bei Kurzarbeit, Ablehnung von Sonderschichten usw.)? Dann sitzen sie in der Klemme! Entweder müssen sie ihre Karten nun offen auf den Tisch legen, indem sie sich gegen diese Forderungen aussprechen. Dann allerdings verlieren sie schnell jedes Vertrauen und jeden Einfluß in der Belegschaft. Oder sie stimmen für solche Forderungen, um ihr Gesicht zu wahren. Aber dadurch wird es für sie dann ziemlich schwierig, den Kampf der Belegschaft zur Durchsetzung solcher Forderungen abzuwürgen.

Auf jeden Fall wird es für die Belegschaften durch revolutionäre Betriebsräte leichter, sich gegen die Angriffe der Kapitalisten zu wehren, z. B. gegen Entlassungen oder Lohnkürzungen zu kämpfen, und es wird auch eher möglich, bestimmte Forderungen durchzusetzen. Voraussetzung ist natürlich, daß sich in der Belegschaft selbst etwas tut, daß Kampfbereitschaft vorhanden ist. Nur auf sich allein gestellt kann auch der kämpferischste Betriebsrat nicht viel ausrichten. Schließlich lassen sich die Kapitalisten ja nicht durch Argumente oder „geschicktes Verhandeln“ beeindrucken, sondern nur durch die Kampfbereitschaft der Belegschaft. Letztlich ist der entschlossene Kampf der Arbeiter und unteren Angestellten, der Streik, die einzige Sprache, die die Kapitalisten verstehen.

Nun kann ein revolutionärer Betriebsrat aber auch ziemlich viel dazu beitragen, daß die Einheit und Kampfbereitschaft der Kollegen gestärkt wird. Z. B. dadurch, daß er hilft, eine feste Gruppe von klassenbewußten Kollegen im Betrieb zu organisieren, die sich zum Ziel setzt, Initiativen für Aktionen und Kampfmaßnahmen zu ergreifen und die Belegschaft gegen die Streikbruchpolitik des DGB-Apparats zu rüsten. **Revolutionäre Betriebsräte sehen gerade in der Förderung des revolutionären Zusammenschlusses der Kollegen gegen die Unternehmer und die kapitalistische Ausbeutung und gegen den arbeiterfeindlichen DGB-Apparat ihre entscheidende Aufgabe.** Mit anderen Worten: Sie setzen sich für den Aufbau der RGO im Betrieb ein. Sie sind ja praktisch selbst bereits ein wichtiges Element der RGO. Deshalb wird auch im Aktionsprogramm der RGO der Kampf für revolutionäre Betriebsräte als wichtige Losung herausgestellt.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie klassenkämpferische oder revolutionäre Kollegen für den Betriebsrat kandidieren können. Eine Möglichkeit (und unserer Auffassung nach die beste) besteht in der Aufstellung einer revolutionären Liste, die sich auf den Standpunkt der RGO stellt (sie kann sich beispielsweise RGO-Liste nennen). Dadurch ist eine klare Alternative zum DGB-Apparat gegeben. Mit der Aufstellung und Durchsetzung einer solchen Liste wird den Kapitalisten und dem DGB-Apparat der härteste Schlag versetzt. **Dabei ist wichtig, daß sich eine solche Liste ein Kampfprogramm gibt, welches die wichtigsten Forderungen der Kollegen enthält und das die Notwendigkeit des konsequenten Kampfes für die Durchsetzung dieser Forderungen betont. Gleichzeitig sollte ein solches Programm das Streikbrechertum des DGB-Apparates verurteilen und scharf gegen seine Sozialpartnerschaftspolitik, insbesondere auch gegen die Mitbestimmung Stellung beziehen.**

In einer Reihe von Betrieben (vor allem in Mittel- und Kleinbetrieben) wird es nicht zu Listenwahl, sondern zu Persönlichkeitswahl kommen. Dabei geht der DGB-Apparat oft dadurch spalterisch vor, daß er praktisch eine wirkliche Einheitsliste zu verhindern versucht, damit keine revolutionären oder anderen ihm mißliebigen Kollegen gewählt werden können. Die Bonzen versuchen stattdessen Listen durchzusetzen, auf denen nur diejenigen kandidieren können, die dem DGB-Apparat in den Kram passen, von denen er keine Opposition gegen seine Streikbruchpolitik erwarten muß. Demgegenüber kämpfen wir bei Persönlichkeitswahl für wirkliche Einheitslisten, auf denen jeder Kollege kandidieren kann. Auch wenn revolutionäre Kollegen auf der Einheitsliste kandidieren, ist es natürlich wichtig, daß sie ein konsequentes Kampfprogramm vertreten und den Kollegen klar zeigen, was sie vom DGB-Apparat halten.

Was ist zu tun, wenn bei Listenwahl keine wirklich klassenkämpferische oder revolutionäre Liste zur Wahl steht? In diesem Fall ist es das einzig Richtige, die Wahl zu boykottieren. Denn selbst wenn auf einer Liste des DGB auch ein oder zwei fortschrittliche Kollegen drauf sind, wählt man doch automatisch auch all die üblen Bonzen und Arbeiterverräter mit, die uns nur den Kapitalisten ans Messer liefern wollen. Bei Persönlichkeitswahl steht die Sache allerdings wieder anders. Wenn auf einer Einheitsliste unter lauter Bonzen und Karrieremachern auch nur ein einziger revolutionärer Kollege kandidiert, dann ist es richtig, diesem einen Kollegen allein seine Stimme zu geben.

Wir machen uns keine Illusionen über die Härte des Kampfes für revolutionäre Betriebsräte und insbesondere für RGO-Listen. Nicht nur die Kapitalisten selbst, auch der DGB-Apparat, die DKP-Führer und nicht zuletzt die eingesessenen oft völlig korrupten und arbeiterfeindlichen Betriebsratscliquen werden Himmel und Hölle in Bewegung setzen, um zu verhindern, daß revolutionäre Betriebsräte gewählt werden. Wo sie dies nicht verhindern können, werden sie alles tun, um bereits gewählte revolutionäre Betriebsräte wieder auszuschalten. Dabei gehen sie mit allen Tricks, mit den gemeinsten und hinterhältigsten Methoden vor und machen auch nicht davor halt, die politische Entlassung von Betriebsratskandidaten oder bereits gewählten revolutionären Betriebsräten zu inszenieren. Das haben die Erfahrungen während und nach den letzten Betriebsratswahlen bereits allzu deutlich gezeigt.

Aber wir dürfen uns dadurch nicht einschüchtern lassen. Wir müssen aus den bisherigen Erfahrungen lernen, müssen uns noch besser gegen die Angriffe des Feindes rüsten. Verloren nicht Hunderttausende von Kollegen in den vergangenen Jahren ihren Arbeitsplatz und wurden arbeitslos, weil die Kapitalisten skrupellos die Lasten der Krise auf uns abwälzen? Hat sich nicht unsere Lebenslage zunehmend verschlechtert? Wurde nicht die Ausbeutung und Unterdrückung noch brutaler? Nicht einmal das nackte Dasein als Lohnsklave kann uns das kapitalistische Ausbeutersystem heute noch garantieren. Da hilft kein Stillhalten, kein Kopf-in-den-Sand-stecken und kein Auf-bessere-Zeiten-hoffen, (die werden nicht mehr kommen!). Nein! Wir Arbeiter und kleinen Angestellten müssen kämpfen, müssen uns fest zusammenschließen. Auch gegen diejenigen, die vorgeben, unsere Interessenvertreter zu sein, während sie uns in Wahrheit betrügen und verraten. Wir müssen die Notwendigkeit des unversöhnlichen Klassenkampfes erkennen und zum Gegenangriff gegen die Ausbeuter antreten.

Dafür müssen wir uns rüsten, müssen wir die RGO als machtvolle Waffe der Arbeiterklasse aufbauen. Ein wichtiger Schritt hierbei ist der Kampf für revolutionäre Betriebsräte. Die wilde Reaktion der Arbeiterfeinde auf diesen Vorstoß, ihre haßerfüllte Hetze gegen revolutionäre Betriebsräte, gegen die RGO, zeigt, wie gefährlich dieser Kampf für sie ist. Heute sind die Bedingungen für uns noch günstiger als noch vor einigen Jahren. Viele Kollegen wurden inzwischen durch die Krise aufgerüttelt, und sie erkennen die Notwendigkeit des revolutionären Klassenkampfes. Vielen steht das Streikbrechertum und die Sozialpartnerschaftspolitik des DGB-Apparates bis oben hin, und sie suchen nach einer echten Alternative. Schon bei den letzten Betriebsratswahlen vor drei Jahren war die Unterstützung der Kollegen für revolutionäre Listen überraschend groß. In einigen Großbetrieben, beispielsweise bei HDW in Kiel, erhielten rote Listen nahezu 30 Prozent der Stimmen. In diesem Jahr können wir mit einer noch stärkeren und breiteren Unterstützung rechnen.

Vorwärts im Kampf für revolutionäre Betriebsräte! Vorwärts beim Aufbau der RGO!

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Schraubenwerk Dorn
Keiner darf entlassen werden!

Aus einem Flugblatt der Genossen der KPD/ML in Herne:

Eine schöne Bescherung

Nicht einmal 14 Tage vor Weihnachten erfuhren es auch die Belegschaftsmitglieder: Das Schraubenwerk Dorn entläßt rund 25% der Mitarbeiter. Eine schöne Bescherung! Betroffen sind Arbeiter und Angestellte, die schon 30-40 Jahre in dem Betrieb arbeiten. Doch das zählt nicht für die Kapitalisten des Dorn-Betriebes. Was zählt ist ihr Profit. Wenn der zu schrumpfen droht, so sind allein die Arbeiter und Angestellten betroffen, auf ihrem Rücken wird die Krise ausgetragen. Nicht nur diejenigen, die ihre Papiere bekommen, sind die Dummen, sondern auch diejenigen, die das „Glück“ haben, weiterarbeiten zu dürfen: Die müssen dann für die entlassenen Kollegen mitarbeiten.

Ihr Profit — unsere Misere

Die Herren in der Chefetage sind überzeugt, daß für sie in der Zukunft der Rubel weiterrollen wird: „Wir sehen in der Zukunft sehr viele Chancen“ („WAZ“ vom 14. 12. 77). Die glänzenden Chancen in der Zukunft sehen diese Herren für ihre eigenen Profite kommen: Denn wenn man die Lohnkosten um 25% senkt, der Umsatz aber gleich bleibt oder nur geringfügig sinkt, bleibt unterm Strich noch ein hübsches Sümmchen übrig.

Für die Kollegen gibt es diese Zukunftsaussichten nicht, ihnen nützt auch der „großzügige“ (laut Arbeiterverräter Berkenhoff) Sozialplan wenig, wenn sie danach keine „Chance“ haben, einen neuen Arbeitsplatz zu finden oder wenigstens eine ausreichende Rente zu bekommen. Wie sieht denn der Arbeitsmarkt in Herne aus? Ist Herne etwa ein Ausnahmefall? Doch wohl nicht: Im Ruhrgebiet ist Herne eine der Städte mit dem größten Arbeitslosenheer. Mit der Zechenstillegung und den Entlassungen bei Dorn werden in nächster Zukunft noch etliche Arbeitsplätze mehr vernichtet, für die es keinen Ersatz gibt.

Was kann man dagegen tun?

wird mancher Kollege fragen. Die haben ja doch das Sagen.

Doch die Arbeiter in vielen Betrieben haben den Kapitalisten schon die richtige Antwort auf ihre Entlassungsvorhaben gegeben. Wie in Witten, wo 3.000 Kollegen in der Innenstadt gegen die Vernichtung von 250 Arbeitsplätzen bei Thyssen demonstrierten und für zwei Stunden die Arbeit niederlegten. Oder in Speyer, wo insgesamt 5.500 Menschen gegen die Stilllegungen bei den dortigen VFW/Fokker-Werken auf die Straße gingen. Andernorts, wie in Hilden (bei Düsseldorf), sind die Kollegen gegen Entlassungen schon in den Streik getreten.

In dem Flugblatt wird abschließend der Verrat des DGB-Apparats am Kampf gegen die Entlassungen enthüllt. Die Kollegen werden aufgerufen, sich im revolutionären Klassenkampf gegen die Entlassungen zusammenzuschließen. Als revolutionäre Alternative wird in dem Flugblatt der Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) propagiert.

Zu den rechtlichen Bestimmungen für die Betriebsratswahl

Von jetzt ab bringt der „Rote Morgen“ in den kommenden Wochen regelmäßig Hinweise über die wichtigsten Vorschriften und gesetzlichen Regelungen, die bei den Betriebsratswahlen beachtet werden müssen. Dieses Mal befassen wir uns mit den Terminen und Fristen, die man einhalten oder kennen muß.

Amtszeit des alten Betriebsrats

Die Amtszeit des Betriebsrats endet in der Regel drei Jahre nach ihrem Beginn. Der Beginn der Amtszeit liegt entweder beim Zeitpunkt der Bekanntgabe des Wahlergebnisses oder, wenn zu diesem Zeitpunkt noch der vorhergehende Betriebsrat im Amt war, beim Ablauf von dessen Amtszeit. Spätestens endet die Amtszeit des alten Betriebsrats jedoch am 31. Mai des Jahres, indem die Betriebsratswahlen durchgeführt werden.

Bestellung des Wahlvorstands

Der Wahlvorstand, der für den „ordnungsgemäßen Ablauf“ der Betriebsratswahl verantwortlich ist und die Wahlen bzw. die Vorbereitungen dazu organisieren muß, muß spätestens acht Wochen vor Ablauf der Amtszeit des alten Betriebsrats bestellt werden. Und zwar wird er vom alten Betriebsrat bestellt. Besteht in einem Betrieb noch kein Betriebsrat, so wird der Wahlvorstand auf einer Betriebsversammlung gewählt, wobei die Mehrheit der anwesenden wahlberechtigten Belegschaftsmitglieder entscheidet. Eine solche Betriebsversammlung kann von mindestens drei Belegschaftsmitgliedern einberufen werden (oder von einer Gewerkschaft, die mit mindestens einem Mitglied im Betrieb vertreten ist). Diese Betriebsversammlung findet grundsätzlich während der Arbeitszeit statt. Die Kosten dafür muß der Unternehmer tragen.

Wahlausschreiben

Spätestens sechs Wochen vor dem ersten Wahltag muß der Wahlvorstand das Wahlausschreiben erlassen. In diesem sind u. a. Ort, Tag sowie der genaue Zeitpunkt der Wahl anzugeben. Ferner auch die Anschrift, wo Einsprüche beim Wahlvorstand eingereicht werden können.

Wählerliste

Der Wahlvorstand muß eine Wählerliste erstellen, auf der in alphabetischer Reihenfolge mit Familiennamen, Vornamen und Geburtsdatum alle Wahlberechtigten eingetragen sein müssen, und zwar getrennt nach Arbeitern und Angestellten. Dabei sollte jeder Kollege oder Genosse darauf achten, ob er oder seine Kollegen auf der Liste nicht etwa fehlen. Wenn dem so ist, muß man den Wahlvorstand sofort veranlassen, die Eintragung nachzuholen, denn wer nicht auf der Wählerliste steht, ist auch nicht stimmberechtigt. Die Wählerliste muß gleichzeitig mit dem Erlaß und Aushang des Wahlausschreibens ausgelegt werden. Einsprüche müssen innerhalb von zwei Wochen nach dem Erlaß und Aushang des Wahlausschreibens bzw. der Auslegung der Wählerliste eingereicht werden.

Die Vorschlagslisten

Die Listen mit den Wahlvorschlägen müssen vor Ablauf von zwei Wochen seit dem Tag des Erlasses des Wahlausschreibens bei der Betriebsadresse des Wahlvorstands eingereicht werden, und zwar in der vorgeschriebenen Form und mit den notwendigen Unterschriften.

Gemeinsame Wahl oder Gruppenwahl

Im Regelfall gilt, daß Arbeiter und Angestellte ihre Vertreter in getrennten Wahlgängen wählen. Eine gemeinsame Wahl muß daher ausdrücklich durch Abstimmung der Belegschaft beschlossen werden. Diese Abstimmung kann bereits vor dem Erlaß des Wahlausschreibens bzw. vor der Bestellung des Wahlvorstandes durch den Betriebsrat organisiert werden. Sie kann aber auch noch nach Erlaß des Wahlausschreibens durchgeführt werden.

Spenden-Jahresübersicht

JAHRESÜBERSICHT 1977

Im Jahr 1977 gingen folgende Spenden auf die Konten der KPD/ML ein (Stichtag 28. 12. 77):

1. Spenden für die KPD/ML	56.443,83 DM
2. Spenden für die Sektion DDR der KPD/ML	8.956,94 DM
3. Spenden für politisch Verfolgte	12.190,00 DM
4. Spenden für den „Roten Morgen"	8.375,66 DM
5. Spenden für die RKP Chiles	5.368,02 DM
6. Sonstige Spenden	504,71 DM
insgesamt	91.839,16 DM

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Spenden

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden auf die Konten der KPD/ML ein:

I. Spenden für die KPD/ML

2.9., U. K., Hannover	16,00
2. 9., Kunden Buchladen RM, Bremen	40,00
5.9. RAKT-Veranstaltung, Bremen	312,00
6. 9., Versammlung Hannover am 3. 9.	156,00
7.9. RAKT-Veranstaltung, Weinheim	273,46
7.9., H.-P. St., Freiburg	95,70
7.9. RAKT-Spendensammlung, Lübeck	42,00
8.9. RAKT-Spendensammlung, Essen	413,53
9.9., RG Dithmarschen	50,00
12. 9., RAKT-Veranstaltung, Duisburg	185,00
13.9. RAKT-Veranstaltung, Schleswig-Holstein	720,00
14.9. RAKT-Veranstaltung, Bielefeld	472,90
16.9. RAKT-Veranstaltung, Westberlin	1.328,10
23.9. RG-Zeltlager Main-Franken	25,00
4. 10., G. u. G. M., München	300,00
5.10. RAKT-Veranstaltung, Frankfurt/Main	523,00
14. 10., S. Sch., Dudweiler	60,25
17. 10., RAKT-Veranstaltung, Stuttgart	225,50
20. 10., Veranstaltung Düsseldorf am 8. 10.	7.746,17
25. 10., W. H., Horndorf	500,00
31. 10., Kunden Buchladen RM, Bremen	47,92
31. 10. Arbeitertreff Bremen am 27. 10.	167,39
2. 11., Kunden Buchladen RM, Ludwigshafen	103,80
10. 11., Veranstaltung z. 36. Jahrestag d. Gründg. der PAA, Dortmund	298,50
10. 11., Genossen aus Wetzlar	50,00
14. 11., RAKT-Veranstaltung, Dortmund	530,00
24. 11., Veranstaltung Recklinghausen am 5. 11.	75,60
24. 11., Kollege aus Recklinghausen	300,00
28. 11., Sammlung Duisburg am 4. 11.	32,00
2. 12., Albanien-Veranstaltung, Nürnberg am 27. 11.	100,00
2. 12., Sportfest RG Bielefeld	62,20
2. 12.2., RAKT-Veranstaltung Bielefeld	362,25
12. 12., Kunden Buchladen RM, Stuttgart	110,00
22. 12., E. B., Ludwigshafen	40,00
insgesamt	**15.764,27**

II. Spenden für die Sektion DDR der KPD/ML

2. 9., Kunden Buchladen RM, Bremen	34,30
6. 9., E. G., München	100,00
8. 9. Buchladen-Eröffnung Essen	153,00
12. 9., RG Neukölln	60,00
21. 9. , RAKT-Veranstaltung, München	326,50
26. 9., Spende vom RM-Verkauf, Wolfsburg	10,00
25. 10., Sympathisanten Gießen	88,50
31. 10., Kunden Buchladen RM, Bremen	48,42
17. 11., O. H., Duisburg	400,00
21. 11., Kunden Buchladen RM, Hannover	42,00
24. 11., Kunden Buchladen RM, Köln	45,00
1. 12., H. u. S., Westberlin	30,00
5. 12. O. H., Duisburg	800,00
22. 12., Zelle Telefunken, Westberlin	90,00
insgesamt	**2.227,72**

III. Spenden für den „Roten Morgen"

2. 9., P. K., München	100,00
5. 9., Genossen aus Oberhausen	37,24
5. 9. Albanien-Reisegruppe 13.-27. 8.	250,00
10. 9. Zwei Weddinger Sympathisanten	50,00
19. 9., P. K., München	100,00
22. 9., Stammtisch Neukölln	91,00
27. 9., RM-Lesekreis Kiel am 15. 9.	28,75
3. 11., Zeitung „Roter Stern", Westberlin	10,00
4. 11., P. K., München	200,00
18. 11., Buchladen RM Ludwigshafen, für Ausg. DDR	500,00
5. 12., P. K., München	300,00
6. 12., W. M., Nördlingen	100,00
7. 12., P. W., Immenstaad	20,00
20. 12. Zwei Weddinger	110,00
insgesamt	**1.896,99**

IV. Spenden für politisch Verfolgte

7. 9., Veranstaltung Bochum f. Prozeß Gen. Gernot Schubert	404,74
12. 9., Veranstaltung RG Minden für Martin Peleikis	60,00
3. 10., F. R., Mannheim, RM-Prozesse	250,00
4. 10., P. K., München	250,00
12. 10., Sammlung Darmstadt, Prozeß 2. 9.	106,00
18. 10., H. J. R., Hamburg	20,00
20. 10., OG Kassel, Solidarität mit dem RM	114,05
31. 10., W. K., Essen, RM-Prozesse	10,00
4. 11., K. H. E., Kiel	30,00
18. 11., S. Sch., Dudweiler, Prozeß Peter Schulte	12,00
18. 11., Einweihungsfeier Bremen für Antifaschisten-Prozesse	150,00
22. 11., B., Leverkusen, RM-Prozesse	60,00
insgesamt	**1.466,79**

Seit der letzten Veröffentlichung gingen somit an Spenden insgesamt ein: 21.355,77

Spendet für die KPD/ML!

KPD/ML-Spendenkonto, PSchKto.-Nr. 64 20 — 467, PSchA Dortmund

Vorstand der KPD/ML — Spendenkonto Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321 004 547

SED-Revisionisten auf Reisen

Dunkle Absichten, verbrecherische Ziele

In den letzten beiden Monaten des vergangenen Jahres haben Erich Honecker und andere Häuptlinge des revisionistischen Regimes in der DDR eine fieberhafte Reisetätigkeit entfaltet. Sie tauchten im Nahen Osten und am Horn von Afrika auf, konferierten mit den japanischen Imperialisten und schüttelten dem faschistischen Henker Marcos auf den Philippinen die Hand.

Keineswegs standen diese Reisen im Dienst des Friedens und des Kampfes gegen den Imperialismus, wie die revisionistische Propaganda demagogisch behauptet. Auf diesen Reisen wurden Komplotte gegen die Völker geschmiedet, ging es darum, die aggressiven Ziele des sowjetischen Sozialimperialismus, von dem die neue ostdeutsche Bourgeoisie vollständig abhängig ist, zu verwirklichen und dieser selbst ihren Anteil bei der Ausplünderung anderer Völker, bei der Eroberung von Einflußsphären und Märkten zu sichern.

Was etwa hatte Werner Lamberz, Mitglied des Politbüros der revisionistischen SED als „Sonderbotschafter" Honeckers Anfang Dezember in Addis Abeba zu suchen? Wollte er etwa Frieden zwischen Äthiopien und Somalia stiften? Dabei weiß doch die ganze Welt, daß die Berge von Waffen, mit denen dort das Blut der Völker vergossen wird, aus den Arsenalen der neuen Kremlzaren und der USA-Imperialisten stammen. Weiß die ganze Welt, daß, um diesen Krieg anzuheizen, nicht nur Ströme von Dollars, sondern auch von Rubeln ausgegeben werden. Die „Berater", die die neue ostdeutsche Bourgeoisie nach Addis Abeba geschickt hat, drehen dort nicht etwa Däumchen. Sie sind aktive Teilnehmer des schmutzigen Krieges, in den die beiden Supermächte die Völker von Äthopien und Somalia verstrickt haben, um diese strategisch wichtige Region an sich zu reißen. Mit einem Wort: Lamberz Auftrag lautete, den Krieg, der auf dem Rücken der Völker geführt wird, weiter anzuheizen.

Wie Äthiopien war auch der Nahe Osten als einer der Brennpunkte der Rivalität der beiden Supermächte, Ziel der Reise eines Abgesandten Honeckers. Es ging dabei um die Beteiligung der sowjetischen Sozialimperialisten an dem teuflischen Komplott, das dort unter Federführung des USA-Imperialismus gegen die arabischen Völker und zur Liquidierung der palästinensischen Revolution geschmiedet wird.

Zur gleichen Zeit, als diese Komplotte geschmiedet wurden, traf der revisionistische Wirtschaftsexperte Mittag in Tokio ein, um Verhandlungen mit den Spitzen der japanischen Monopolbourgeoisie zu führen. Die Geschäfte der Honecker-Clique mit den japanischen Imperialisten werden auf dem Rücken der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen der DDR ausgetragen. Die japanischen Bankiers, die dem Honecker-Regime mit einem Kredit von rund 300 Millionen DM unter die Arme gegriffen haben, verlangen dafür hohe Zinsen, die das Honecker-Regime den Werktätigen der DDR abpreßt. Die modernen Revisionisten haben die DDR also nicht nur an die sowjetischen Sozialimperialisten verkauft, sondern sie öffnen auch den anderen Imperialisten Tür und Tor und verschärfen damit die Ausplünderung und Ausbeutung der Werktätigen der DDR noch weiter.

Das widerlichste Schauspiel aber wurde von den beiden Oberhäuptern des revisionistischen Regimes, Honecker und Stoph, ebenfalls Anfang Dezember in Manila, der Hauptstadt der Philippinen, aufgeführt. Dort schüttelten sie dem faschistischen Henker Marcos die Hand und überschütteten diesen geschworenen Feind des philippinischen Volkes mit Lobsprüchen. Sie feierten Marcos, der die Volksmassen der Philippinen blutig unterdrückt und einen grausamen Feldzug gegen die philippinischen Patrioten führt, als freiheitsliebenden Mann. Sie hängten ihm, der die Philippinen an den USA-Imperialismus verkauft, ein antiimperialistisches Mäntelchen um, indem sie erklärten, er sei „bestrebt, allmählich den noch immer starken Einfluß der USA zurückzudrängen."

Sie „vergaßen" dabei allerdings, daß die USA-Imperialisten auf den Philippinen einen der größten Militärstützpunkte im Pazifik unterhalten und daß die USA-imperialistischen Monopole dort freie Hand haben, um die werktätigen Massen auszubeuten und auszuplündern. Wer dem Faschisten und Lakaien des USA-Imperialismus Marcos ein antiimperialistisches Mäntelchen umhängt und ihm in Freundschaft die Hand schüttelt, mag sich zehnmal selbst „Marxist-Leninist" oder „Antiimperialist" nennen. In Wirklichkeit ist er ein elender Verräter am Marxismus-Leninismus und am Freiheitskampf des philippinischen Volkes.

Die Predigten Honeckers und Stophs in Manila, in die die gleichgeschaltete revisionistische Presse im Chor einfiel, sollten die Weltöffentlichkeit täuschen und besonders vor den Werktätigen der DDR den wahren Charakter des faschistischen Marcos-Regimes vertuschen. Sie hoffen so, ihre dunklen Machenschaften hinter dem Rücken der Völker treiben zu können. Schon lange versuchen die sowjetischen Sozialimperialisten in Südostasien den Einfluß des USA-Imperialismus zu untergraben, um sich selbst als Räuber an seine Stelle zu setzen. Sie haben deshalb ihre Beziehungen zu den faschistischen Regimes dieser Region verstärkt. Die sowjetischen Sozialimperialisten setzten sich mit Suharto, an dessen Händen das Blut Hunderttausender indonesischer Kommunisten und Patrioten klebt und der einen blutigen Aggressionskrieg gegen das Volk von Osttimor führt, ebenso an einen Tisch wie mit Marcos und anderen Banditen.

Als Vasallen Moskaus sind Honecker und Stoph in Manila für die Ausweitung des Einflusses der neuen Kremlzaren auf den Philippinen eingetreten. Zugleich haben sie aber auch an sich gedacht. Die Wirtschaftsabkommen, die sie mit dem Marcos-Regime geschlossen haben, sind ungleiche Verträge, die der neuen ostdeutschen Bourgeoisie billige Rohstoffe und Halbfertigfabrikate wie Kupferkonzentrat und Baumwollgarne garantieren, während sie selbst teure Maschinen und Industrieanlagen liefern. Mit dem Eindringen der neuen ostdeutschen Bourgeoisie auf den Markt der Philippinen, beteiligt sie sich an der Ausbeutung und Ausplünderung der Volksmassen und hofft auf hohe Profite.

Die fieberhafte Reisetätigkeit der revisionistischen Häuptlinge aus der DDR enthüllt ihre konterrevolutionäre Natur. Im Dienst ihrer Moskauer Oberherren und für ihre eigenen Profite und Interessen zeigt sich die neue ostdeutsche Bourgeoisie überall als geschworener Feind der Völker.

Kampfansage an die arabischen Völker

Fortsetzung von Seite 1

Komplott einer sogenannten friedlichen Lösung des Nahost-Konflikts, wie es gegenwärtig von Sadat und Begin vorangetrieben wird. Danach sollen die arabischen Staaten den Aggressor Israel anerkennen, die Besetzung von Teilen ihres Territoriums hinnehmen, soll das palästinensische Volk gezwungen werden, den israelischen Militärstiefel auf dem Boden seines Landes zu akzeptieren, soll der Kampf gegen die zionistischen Räuber und ihre imperialistischen Hintermänner, vor allem die revolutionäre Bewegung des palästinensischen Volkes liquidiert werden.

Schmidt hat in Kairo unverhüllt zu verstehen gegeben, daß die westdeutschen Imperialisten sich massiv in dieses antiarabische Komplott einschalten werden: Er erklärte die Bereitschaft Bonns, „bei der Garantierung einer Friedensregelung mitzuwirken." Das bedeutet nichts anderes, als daß Bonn bereit ist, als Garantiemacht Israels gegen den Befreiungskampf der arabischen Völker aufzutreten. So bekräftigen die westdeutschen Imperialisten dreist ihren Anspruch, sich als Großmacht in die Angelegenheiten des Nahen Ostens einmischen zu können. Dabei benutzen sie ihre starke Stellung in der EG, um sich als Vertreter Europas aufzuspielen. So gab Schmidt in Kairo laufend Erklärungen im Namen aller EG-Staaten ab, sagte er Sadat für dessen Kapitulationspolitik die Unterstützung Europas zu.

Und der Bonner Kanzler kam nicht mit leeren Händen. Er bekräftigte seine „Wertschätzung und Anerkennung" für das ägyptische Regime mit einer Kapitalhilfe über mehr als 300 Millionen Mark. Aber was sind diese Millionen anderes als ein Judaslohn für Sadats Kniefall vor den israelischen Zionisten, für seinen Verrat an der arabischen Sache? Mit ihrer massiven Unterstützung des Kairoer Regimes, mit Krediten, der zunehmenden Beteiligung an Projekten in Ägypten wollen die westdeutschen Imperialisten ihren Einfluß in diesem Land ausweiten. Schon seit längerem ist dort der SPD-Funktionär und Ex-Finanzminister Möller als „Berater" Sadats tätig. Pünktlich zum Schmidt-Besuch legte er jetzt ein Wirtschaftsgutachten vor, in dem völlig freie Bahn für die imperialistischen Monopole gefordert wird, denen „keine Benachteiligung und keine nicht übersehbaren Risiken die Tätigkeit erschweren oder gar unmöglich machen" dürften.

Offenbar hat Sadat diesen Rat schon weitgehend befolgt. Denn die Investitionen westdeutscher Unternehmen in Ägypten waren im ersten Halbjahr 1977 schon höher als im gesamten Jahr '76. Den Bonner Imperialisten geht es aber nicht nur um eine verstärkte Teilnahme an der Ausplünderung dieses Landes. Ebenso wie die amerikanische Supermacht, deren Vertreter Carter ebenfalls einen Besuch in Kairo angekündigt hat, sehen sie im Regime Sadats eine Stütze für ihr weiteres Eindringen in den Nahen Osten. Die Reichtümer dieser Region, ihre wichtige strategische Lage haben noch immer den räuberischen Appetit der westdeutschen Imperialisten angeregt.

So ist der Auftritt Schmidts in Kairo, seine Schützenhilfe für den Verräter Sadat, seine Ankündigung einer Garantie für die imperialistische „Friedensregelung" eine eindeutige Kampfansage an die arabischen Völker. Die Werktätigen Westdeutschlands haben kein Interesse an der imperialistischen Raubpolitik Bonns. Ihr Platz ist an der Seite der um ihre Befreiung kämpfenden arabischen Völker.

30. Januar- Kampftag gegen Reaktion und Faschismus

Das Zentralkomitee der KPD/ML hat aufgerufen, den 30. Januar, den 45. Jahrestag der Errichtung des Hitler-Faschismus, zum Kampftag gegen Reaktion und Faschismus zu machen. Die Zentrale Leitung der Roten Hilfe Deutschlands hat jetzt einen Aufruf veröffentlicht, in dem sie alle Antifaschisten aufruft, sich an diesem Kampftag zu beteiligen. In dem Aufruf heißt es:

Am 30. Januar 1933 — vor 45 Jahren — ergriffen Hitler und die Nazi-Partei die Macht. Sie wurden von den Krupp, Thyssen und Siemens in den Sattel gehoben, weil das deutsche Proletariat unter die Knute des Kapitals gestellt werden mußte. Die Kapitalistenklasse wollte ihre Herrschaft mit allen Mitteln vor dem Ansturm der revolutionären Arbeiterklasse retten.

Heute nimmt Bonn wieder Kurs auf ein 33:

- Massenmörder wie Kappler werden unter den Schutz der Bundesregierung gestellt;
- Antifaschisten, die verhindern, daß Faschisten ungestört ihre braune Propaganda unter das Volk bringen können, werden zu Gefängnisstrafen ohne Bewährung verurteilt;
- täglich erleben wir den Polizeistaat in Aktion, werden wir von Polizisten, mit Maschinenpistolen bewaffnet, bei Autokontrollen angehalten;
- die Innenminister beschließen das Todesschußgesetz und die Aufrüstung der Polizei mit Kriegswaffen;
- unter dem Vorwand der „Terroristenbekämpfung" werden im Bundestag jetzt Gesetze durchgepeitscht, die die wenigen Rechte des Volkes noch weiter einschränken;
- ungefähr 100 politische Gefangene befinden sich in den Gefängnissen unseres Landes;
- CDU/CSU beabsichtigen, einen Verbotsantrag gegen die KPD/ML, KPD und KBW zu stellen.

Verhindern wir ein neues 33!

Die Zentrale Leitung der Roten Hilfe Deutschlands ruft Euch auf: Lassen wir uns nicht mundtot machen, wehren wir uns und kämpfen wir mit allen Kommunisten und Antifaschisten, um die Front gegen Reaktion und Faschismus zu verbreitern. Beteiligen wir uns am 30. Januar am Kampftag gegen Faschismus und Reaktion, zu dem das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/ML aufgerufen hat.

Helfen wir mit, die Front gegen Reaktion und Faschismus zu verbreitern!

Demonstration in Tübingen

Francois darf nicht ausgewiesen werden!

„François muß in Deutschland bleiben!", „Weg mit den Anti-Ausländergesetzen!", „Spitzel raus aus Uni und Betrieb!" — unter diesen und anderen Parolen haben am 24. Dezember rund 80 Menschen in Tübingen gegen die Ausweisung des Genossen François de Blois aus der Bundesrepublik demonstriert. Dabei wurden rund 170 DM für François gesammelt. Zu der Demonstration hatte nicht nur die KPD/ML, sondern auch die Rote Hilfe Deutschlands, der Asta der Universität Tübingen und das Komitee „Freiheit für François" aufgerufen.



Genosse François, der amerikanischer Staatsbürger ist, aber bereits seit zehn Jahren in der Bundesrepublik lebt, war bekanntlich vor einigen Wochen unter dem Vorwand, er habe vor einem halben Jahr (!) ein Flugblatt verteilt, in dem das Attentat auf Buback gebilligt worden sei, festgenommen und nach Stammheim verschleppt worden. Aufgrund der großen Solidarität mußte er jedoch nach zwei Wochen wieder freigelassen werden. Inzwischen mußte die bürgerliche Klassenjustiz zugeben, daß ihre Beschuldigungen gegen François völlig haltlos sind. Weil er Kommunist ist und an der Seite der KPD/ML für die proletarische Revolution kämpft, soll er jetzt trotzdem als „unerwünschter Ausländer" ausgewiesen werden. Am 30. Dezember läuft die von den Behörden gesetzte Frist ab. Aber die Solidarität mit François und der Kampf gegen seine Ausweisung gehen weiter.

In der Woche vor der Demonstration am 24. Dezember wurden in Tübingen Plakate der Partei geklebt und Flugblätter in den Arbeitervierteln und an der Universität verteilt. Hunderte von Menschen unterschrieben eine Protestresolution an das Bürgermeisteramt. Auch die Studenten der Universität, die François von seiner Zeit als Asta-Auslandsreferent kennen, solidarisierten sich mit dem Genossen. Auf einer Vollversammlung wurde eine Delegation gewählt, die den Senat der Universität zu einer Protesterklärung gegen die Ausweisung auffordern sollte. Mit der fadenscheinigen Begründung, François sei kein Student mehr, lehnte der Senat eine solche Erklärung jedoch ab.

Auf der Abschlußkundgebung der Demonstration am 24. Dezember sprach auch Genosse François. In seiner Rede dankte er zunächst allen Anwesenden für ihre Solidarität und aktive Unterstützung. Genosse François sagte dann unter anderem: „Es heißt, die Bundesrepublik Deutschland sei ein demokratischer Staat. Es gibt aber immer weniger Menschen, die daran glauben. ... Es gibt unter den ausländischen Werktätigen in diesem Jahr kaum jemanden, der von der ‚freiheitlichen' und ‚humanen' Grundordnung dieser Gesellschaft etwas hält. Ich spreche hier nicht von den ausländischen Kapitalisten und ihren Besatzungstruppen, sondern von den Menschen, die hierher gekommen sind um zu arbeiten und Tag für Tag einer unmenschlichen Unterdrückung ausgesetzt sind. Und auch die deutschen Arbeiter und Angestellten bekommen von dieser ‚Demokratie' herzlich wenig zu spüren. Es gibt Leute, die gern von einer ‚antideutschen Kampagne', von einer ‚antideutschen Einstellung' der Ausländer reden. Nein, wir sind nicht gegen das deutsche Volk. Aber wir sind gegen den deutschen Faschismus, der die Welt schon einmal in ein blutiges Gemetzel gestürzt hat. Wir sind gegen die deutschen Großkapitalisten, die Hitler an die Macht gebracht haben und heute mit Volldampf einem neuen 33 entgegensegeln."

Kämpfen wir dafür, daß François in Deutschland bleibt!

Protestiert beim 1. Bürgermeister von Tübingen, Kroymann, gegen die Ausweisung! (Tel.: 07071/2041.)

Aus diesem Urteil spricht der Hass

Letzte Woche wurde Verena Becker im Schnellverfahren abgeurteilt. Sie war zusammen mit Günter Sonnenberg in Singen festgenommen worden. Das Urteil des Stuttgarter Sondergerichts: Lebenslänglich hinter Gittern. Ein Schußwechsel mit der Polizei reichte der Klassenjustiz, um Verena Becker sechsfachen versuchten Mord zu unterstellen. Gemeinschaftlicher Mordversuch — dazu muß das Gericht normalerweise Vorsätzlichkeit, Tötungsabsicht und verabredetes Handeln nachweisen — in diesem Fall aber hielt das Gericht es nicht für notwendig, Beweise zu liefern. Das Urteil der Staatsbehörden stand von Anfang an fest: lebenslage Haft.

Ob in Kaiserslautern, ob in Stammheim — in jedem Fall wurde im letzten Jahr gegen politische Gefangene aus dem Umkreis der RAF das Lebenslänglich ausgesprochen. Keine Aussicht, jemals aus dem Kerker herauszukommen. Sein Leben lang eingeschlossen. In der Gewalt des Staates, der Justizbeamten. Bis zum Tod ihrem Terror, ihren Quälereien ausgesetzt. Diese „Lösung" nach der Art eines KZs für politische Gefangene ist das Programm der Bundesregierung und ihres Staatsschutzes. Bundeskanzler Schmidt hat diese Vernichtungshaft propagiert, als er in seiner Regierungserklärung sagte, „Terroristen" hätten ihr Recht auf Teilnahme an der menschlichen Gesellschaft verwirkt.

Aus dieser Verurteilung spricht der Haß des kapitalistischen Staates gegen jeden, der den Kampf gegen den Staat und seine Organe führt. Skrupellos setzen sich die Behörden über ihre eigenen Gesetze, über Prozeßbestimmungen hinweg, wenn sie das Ziel verfolgen, Kommunisten und andere Revolutionäre in ihre Gewalt, hinter Gefängnismauern zu bekommen. Um sie dort durch Isolationsfolter, durch Kontaktsperre psychisch zu terrorisieren. Bis hin zu den angeblichen „Selbstmorden".

Ein Polizist, der bei einer Verkehrskontrolle einen Autofahrer erschießt, was erwartet ihn? Höchstens einige Monate Freiheitsstrafe, in der Regel Freispruch. Faschistische Offiziere und KZ-Schergen, die nachweislich KZ-Häftlinge ermordeten, was erwartet sie vor einem Gericht? Eine Strafe, die sie „wegen Haftunfähigkeit" nicht antreten müssen. Das ist die Realität in den Gerichtssälen unseres Landes. Vor diesem Hintergrund ist der terroristische Charakter des Urteils gegen Verena Becker unübersehbar.

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Schulbehörde verbietet Anti-Atomkraft-Plaketten

Die Schulbehörden in Hamburg haben allen Lehrern verboten, auf dem Schulgelände und im Unterricht Plaketten mit der Aufschrift „Atomkraft — Nein danke" zu tragen. Dies sei eine „einseitige" Beeinflussung der Schüler. Das Verbot soll die Lehrer disziplinieren und die freie politische Betätigung an den Schulen unterdrücken. Die Schulverwaltung bekennt dies offen. Es bestehe die „Gefahr, später auch andere Plaketten und ähnliche Agitationsmethoden hinnehmen zu müssen und schließlich in den Schulen keine Grenzen der einseitigen politischen Einflußnahme mehr setzen zu können".

Viele Hamburger Lehrer protestierten gegen das Verbot. Ein Teil der Kollegen trug anstelle der „Atomkraft — Nein danke"-Plakette eine Plakette, auf der der alte Spruch durch „Maulkorb — Nein danke" ersetzt wurde und die Sonne auf der bisherigen Plakette durch einen schwarzen Balken „verdunkelt" wurde. Die Schulbehörde reagierte wütend: Sie ordnete schriftlich die „sofortige Vollziehung ihrer Verbotsverfügung" an. Doch die Lehrer gaben den Widerstand nicht auf. Zahlreiche Kollegen waren bereit, dagegen zu klagen.

Die Hamburger Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat sich scheinbar solidarisch gezeigt, indem sie den Kollegen Rechtsschutz anbot. Wie diese Unterstützung allerdings aussieht, macht der Antrag auf Rechtsschutz deutlich. Unter Frage 10 heißt es: Ich erkläre, daß ich keiner der Organisationen angehöre, die unter den Unvereinbarkeitsbeschluß des DGB fällt. Im Klartext: Gesinnungsschnüffelei. Über 40 Kollegen haben den Antrag ausgefüllt, diese Stelle gestrichen und daneben geschrieben: „Wir wehren uns gegen diese Gesinnungsschnüffelei." Sie haben inzwischen von der GEW Bescheid erhalten: kein Rechtsschutz.

Die Lehrer geben den Kampf nicht auf. Die „Maulkorb — Nein Danke"-Plakette wird weiter getragen. Die „Kläger" haben sich zu einer Versammlung getroffen, um das gemeinsame Vorgehen gegen die zunehmende Unterdrückung der Meinungsfreiheit zu diskutieren.

Verurteilt, weil sie gegen Hetzfilm protestierten

Anfang Dezember wurden drei Genossen in Kiel zu Geldstrafen zwischen 1.200 und 2.200 DM verurteilt, weil sie im Oktober 1975 gegen den antisozialistischen Hetzfilm „Die Chinesen in Paris" protestiert hatten. Einen Genossen mußte das Gericht freisprechen. Durch das kämpferische Auftreten der Genossen und der Verteidigung war die Klassenjustiz gezwungen, unter die Forderungen des Staatsanwaltes zu gehen.

Der Staatsanwalt hatte Gefängnisstrafen zwischen 3 1/2 und 8 Monaten auf Bewährung verlangt. Dieser üble Kommunistenhasser begrüßte schon zu Beginn des zweiten Prozeßtages den Verteidiger mit den Worten: „Wo bleibt denn Ihr Mandantenpack?" Zwischendurch, lächelnd: „Naja, die Todesstrafe werde ich nicht fordern." Und dann behauptet dieser Justizvertreter, der offensichtlich den Faschismus herbeisehnt, in seinem Plädoyer, „daß die Demonstranten durch die Aktion gegen den Film die Methoden des Meinungsterrors angewendet haben, wie sie von der SA bekannt sind".

Die Genossen antworteten auf diese üble Verleumdung, daß gerade die KPD/ML die konsequenteste Kraft gegen die braune Pest ist. Wenige Tage vorher waren gerade in Kiel mehrere Genossen zu Gefängnis verurteilt worden, weil sie gegen den Faschismus kämpften. Die Angeklagten verteidigten die Protestaktion. Denn dieser Spielfilm war nicht „unpolitisch", sondern übelste Propaganda gegen den Sozialismus und das sozialistische China. Die hohen Geldstrafen zeigen, daß dieser Staat jeden gerechten Protest unterdrücken will, daß es ihm um die Verurteilung von Freunden des Sozialismus geht.

Der Geist von Majdanek lebt

Zwei Jahre zieht sich nun schon der Prozeß gegen die Massenmörder von Majdanek in Düsseldorf hin. Fünf Jahre soll dieses Schauspiel, das in Wahrheit Propaganda für die Faschisten treibt, noch dauern. Am 15. Dezember tauchte nun auch noch der WDR mit dem Ü-Wagen auf, um unter dem Motto „Vergangenheitsbewältigung" den Faschisten Gelegenheit zu geben, ihre Hetze loszulassen.

Da konnte ein Nazi als Teilnehmer der Diskussionsrunde die dreiste Behauptung über den Sender bringen, im Hitler-Faschismus hätte es keine vergasten Juden und keine Konzentrationslager gegeben. Rund um den Übertragungs-Wagen verteilten andere reaktionäre Hetzschriften und sammelten Geld für ihre Organisationen. Und als etwa 200 bis 300 Menschen empört riefen: „Raus mit den Faschisten! Kein Rederecht für Faschisten!", da blendeten die Rundfunk-Reporter Musik ein. Die Genossen der KPD/ML in Düsseldorf versuchten, am Ü-Wagen eine Rede zu halten. Man hinderte sie daran.

Diese Provokation für alle Antifaschisten reiht sich ein in die „ehrenvolle Behandlung der Massenmörder durch das Düsseldorfer Landgericht. Die „Angeklagten" sitzen auf samtbezogenen Sesseln, sie haben inzwischen alle auf Staatskosten möblierte Zweitwohnungen in Gerichtsnähe. Kürzlich erst waren die Rechtsanwälte dieser KZ-Aufseher, die offen als Komplizen der Faschisten auftreten, zur Ortsbesichtigung in Polen, in „first-class"-Hotels auf Staatskosten. Einer dieser Faschisten-Anwälte hat während der Nazi-Zeit einen polnischen Arbeiter zum Tode verurteilt, weil er einem SS-Mann das Fahrrad gestohlen hatte. Dieser Anwalt besaß die Frechheit, in einem ZDF-Interview zu sagen, er stehe noch heute zu den damaligen Todesurteilen. Diese Faschisten erhalten 650 DM pro Verhandlungstag für ihre Verteidigung — aus der Staatskasse.

Vergleicht man diesen angeblichen Prozeß mit den Verfolgungen von Antifaschisten durch die Klassenjustiz, dann zeigt sich, daß der Geist von Majdanek durch diesen Staat nicht verurteilt, sondern gefördert und wiederbelebt wird.

Einschränkung der Verteidiger-Rechte

Das Westberliner Strafgericht hat vier Anwälte als Pflichtverteidiger abgelehnt. Begründung: Die Anwälte hätten ein Telegramm unterschrieben, in dem sie „Zweifel" an dem angeblichen Selbstmord der politischen Gefangenen in Stammheim geäußert hätten. Der Richter erklärte, wer solche „Unterstellungen" verbreite, wolle eine Hetzkampagne gegen die staatlichen Stellen einleiten, könne die Interessen seiner Mandanten nicht „sachgerecht" wahrnehmen.

Diese Ablehnung, als Pflichtverteidiger arbeiten zu können, ist ein weiterer Schritt, die Rechte der Verteidigung in politischen Prozessen einzuschränken. Will der Angeklagte nun einen Verteidiger seines Vertrauens, so muß er ihn selbst bezahlen. Zugleich richtet sich dieser Beschluß gegen alle Anwälte, die sich nicht als Erfüllungsgehilfen der Klassenjustiz verstehen. Die Interessen der Mandanten „sachgerecht" wahrnehmen — das heißt für das Gericht: Der Anwalt soll die Angeklagten bespitzeln. Er soll dem Staatsanwalt helfen, den Prozeß reibungslos über die Bühne zu ziehen. Er soll darauf verzichten, für seinen Mandanten die wenigen Rechte der Verteidigung auszunutzen. Er soll den Angeklagten daran hindern, im Prozeßsaal politisch aufzutreten.

Die Angriffe auf die Rechte der Verteidigung und noch nicht gleichgeschaltete Rechtsanwälte verschärfen sich zusehends. Überwachung der Verteidigerpost, Trennscheibe bei Gesprächen mit Gefangenen, Ausschluß der Verteidiger bei Verdacht der Zusammenarbeit mit den Angeklagten, Kontaktsperregesetz. All dies ist Ausdruck der Faschisierung der Klassenjustiz, Faschisierung des Staatsapparates. Kämpfen wir deshalb am 30. Januar gegen diese Maßnahmen zur Unterdrückung der Verteidigung: Kampf der Einschränkung der Verteidigerrechte und der Kriminalisierung fortschrittlicher Rechtsanwälte!

Strafanzeige für ein Gedicht

Kriminalbeamte durchwühlen die Wohnung des Leiters der Studiobühne Würzburg. Sie suchen ein Plakat mit dem Gedicht „Der Todesvogel". Der Autor Wolfgang Schulz spricht in seinem Gedicht von „Todeskrallen über dem Land", vom „geliebten Land, das gefesselt liegt", und „das verhört wird". Eine Anklage gegen die zunehmende Faschisierung in der Bundesrepublik! Neben dem Titel „Der Todesvogel" ist ein Bundesadler abgebildet. Die Staatsanwaltschaft nimmt dies zum Anlaß, um Schulz nach Paragraph 90a (Verunglimpfung des Wappens der Bundesrepublik) anzuklagen. Das Plakat mit dem Gedicht wird bereits seit längerem in der Mensa der Würzburger Universität verkauft. Die plötzliche Polizeiaktion, die drohende Verurteilung sollen einen fortschrittlichen Künstler mundtot machen. Unterstützen wir den Kampf der Studiobühne Würzburg gegen Hausdurchsuchung und Strafanzeige! Schluß mit der Hetze gegen demokratische und antifaschistische Schriftsteller! Für Meinungs- und Pressefreiheit!

Korrespondenzen

Redaktion „Roter Morgen“ Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

Rentner als Versuchskaninchen

Liebe Genossen vom „Roten Morgen“!

Ich habe sieben Jahre bei der Firma Westinghouse in der Montage gearbeitet. Alle vier Wochen gab es eine Handreinigungspaste. Zum Reinigen der Geräte wurde viel mit Aceton gearbeitet. Mit der Zeit hatte das natürlich seine Folgen: Die Haut begann zu platzen, es gab tiefe Risse, welche besonders im Winter sehr schmerzten. Es wurde bei mir so schlimm, daß ich zum Hautarzt gehen mußte. Dieser erklärte, Aceton ziehe das Fett aus der Haut, darum verschrieb er mir Handschuhe und eine Fettsalbe. Als es nach einem halben Jahr Behandlung nicht besser wurde, ging ich zu einem anderen Hautarzt. Dieser verschrieb mir Benzoderm und Salbe. Jedoch mit der Zeit sah ich aus, als ob ich die Krätze hätte. Der Arzt meinte dazu, die alte Haut müsse erst runter. Es fing an zu jucken, ich hätte die Wände hochgehen können!

So bin ich mit der Zeit wohl bei zehn Ärzten gewesen, jeder hatte ein anderes Mittelchen, eine andere Methode — aber besser wurde es nicht! Eher schlimmer! Zum Teil ließ ich mir von meinem Hausarzt Salben verschreiben, um mir den Weg zu den Hautärzten zu sparen.

Inzwischen bin ich Rentner geworden — die Risse in der Haut sind geblieben. Als es wieder auf den Winter zuging, begann die Haut stark zu reißen. Darum bat ich meinen Arzt, mich zur Hautklinik zu überweisen. Als ich zur Hautklinik kam, lehnte man eine Behandlung ab. Der Grund sei, daß ich eine Überweisung von meinem Hautarzt, nicht von meinem Hausarzt bringen müßte! Ich fluchte, daß ich mich schon sechs Jahre damit rumquäle und die Hautärzte, die nur dran rumfummeln, keine Besserung erzielen, keine Überweisungen schreiben, weil sie die Behandlung in ihrem Interesse in die Länge ziehen wollen! Ich verlangte die Verwaltung zu sprechen. Dort wurde mir erklärt: „Ja, wenn hier alle behandelt würden, hätten die Ärzte draußen nichts mehr zu tun.“(!)

Auf meine Empörung hin gab mir der Vertreter der Verwaltung einen Wink, er meinte, ich solle mal zu einem Dr. Sowieso gehen und diesem sagen, daß ich eine Überweisung in die Hautklinik haben wolle. Was dieser auch sofort machte. Man untersuchte meine Hände, nahm eine Hautprobe, verschrieb mir darauf eine Salbe und bestellte mich in einer Woche wieder. Nach drei Tagen waren alle Risse zu. Nach einer Woche war soweit alles weg, nur die Haut ist noch ein wenig rot, aber kein Jucken mehr!

Da frage ich mich jetzt im Nachhinein: Will man uns als Versuchskaninchen behandeln?! Wobei ich als Rentner mit 980 DM auch noch laufend für jedes Rezept 1 DM bezahlen muß! Warum läßt man solche Kurpfuscher auf die Menschheit los, die keine Ahnung haben und trotzdem gewinnbringend praktizieren?! Wirklich, was sind das für Zustände, die ziehen doch den Leuten das Geld aus der Tasche und ziehen eine Behandlung sechs Jahre in die Länge!

Liebe Genossen, ich habe euch das geschrieben als ein Beispiel, was der Mensch im Kapitalismus zählt!

Rot Front!
Ein Genosse aus Hannover

Alle Jahre wieder

Ich arbeite als Schreibkraft in einer Verkaufsabteilung eines großen Stahlkonzerns. Jedes Jahr vor Weihnachten beginnt dasselbe Theater: Dann müssen meine Kolleginnen und ich eine Riesenmenge von Weihnachtsgeschenken an die Einkäufer der Kundenfirmen verschicken. Die Einkäufer bekommen auch während des Jahres Geschenke, aber an Weihnachten nimmt das noch besondere Ausmaße an.

Ein Außenstehender kann sich kaum vorstellen, welche Werte hier jedes Jahr verschleudert werden, um die Einkäufer der Kundenfirmen zu bestechen. Allein der Werbeetat unserer Verkaufsabteilung — und wir sind noch eine relativ kleine Verkaufsabteilung von mehr als 20 Verkaufsabteilungen — beläuft sich auf über 20.000 DM. Was die Vorstände der einzelnen Firmen sich noch untereinander verschenken, das bekommt man erst gar nicht mit.

Und was die Einkäufer alles bekommen: Geldbeutel und Brieftaschen von „Goldpfeil“, Reise- und Aktentaschen aus echt Leder, komplette Kaffee- und Tafelgeschirre von Villeroy & Boch, versilberte Bestecke, Delfter Porzellan, Radiowekker, Quarzuhren, Taschenrechner, Kochbücher, Elektrogeräte für den Haushalt (z. B. „Krups“-Kaffeemaschinen — Wert über 100 DM), Schweizer Seidenschals und Handtaschen für die Ehefrau, Cognac „Martell“, Spitzenweine usw. usf. Für besonders gute Kunden reicht das noch nicht aus: Deren Einkäufer werden vor Weihnachten direkt gefragt, was sie brauchen könnten, und wenn ihnen die Werbegeschenke unserer Firma nicht gefallen, dann können sie sich auf Kosten unserer Firma selbst etwas kaufen. Letztes Jahr kaufte sich z. B. ein Einkäufer als Weihnachtsgeschenk Wanderstiefel. Bei besonderen Kunden wird die ganze Familie des Einkäufers beschert. Zum Beispiel dieses Jahr bekommt das Söhnchen eines Einkäufers einen kompletten Werkzeugkasten, die Tochter darf sich eine Handtasche kaufen, und die Ehefrau bekommt Teller und Schüsseln zu ihrem Tafelservice. Die Werbegeschenke bekommen hauptsächlich leitende, hochbezahlte Angestellte in den Einkaufsabteilungen. Die kleinen Angestellten dort bekommen meistens nichts, höchstens mal einen Kugelschreiber.

Uns packt jedes Jahr die Wut, wenn wir diese Sachen „mit Liebe“ in Weihnachtspapier verpacken und verschicken müssen: Wir selbst können uns von unserem Lohn (die Schreibkräfte verdienen bei uns zwischen 800 und 1.200 DM netto, und 1.200 DM auch erst nach langjähriger Berufstätigkeit) solche Sachen kaum kaufen oder überlegen es uns erst dreimal, bevor wir so etwas kaufen oder verschenken. *Wenn wir mehr Lohn haben wollen, dann heißt es immer: „Der Firma geht es schlecht.“ Und hier bekommen die Leute, die ohnehin schon viel Geld haben, die Sachen hinten und vorne reingesteckt.*

Veranstaltung der Gesellschaft der Freunde Albaniens

Jever/Ostfriesland: 13. 1. 1978, 20 Uhr, Dia-Reisebericht, Altentagesstätte „Johann-Ahlers-Haus“, am Markt
Bremen: 14. 1. 1978, ab 16 Uhr, Ausstellung „Industrieller Aufbau in Albanien“; 18.30 Uhr, Dia-Vortrag zum gleichen Thema. „Weserterrassen“ am Osterdeich.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen“

○ Ich möchte den „Roten Morgen“, das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....
WOHNORT ....
STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Zum 100. Todestag von Gustave Courbet

„... es sei denn ein Regime der Freiheit“

Vor 100 Jahren ist Gustave Courbet gestorben, am 31. Dezember 1877. Zeit genug, so glaubt die Pariser Bourgeoisie, um vergessen zu machen, wie sehr sie diesen französischen Maler verleumdet und verfolgt hat. Allein drei Stockwerke sind im Grand Palais einer Ausstellung für diesen großen bürgerlichen Realisten gewidmet. „Das Ereignis der Kultursaison“, tuschelt das offizielle Paris. Und wie „pikant“ — dieser Mann war auch noch Sympathisant der Kommune.

Nichts hat Gustave Courbet mehr gehaßt als den offiziellen Kulturbetrieb, die Pariser Aristokratie und Großbourgeoisie. Sein Leben lang kämpfte er gegen die staatliche Kulturverwaltung, die „Akademie der schönen Künste“, die den Realismus aus der Kunst verbannen wollte. Der Schritt an die Seite des kämpfenden Proletariats war deshalb für diesen Künstler nicht zufällig. Er war Ausdruck einer konsequenten Haltung,



Die Zerstörung der Napoleon-Säule auf dem Vendôme-Platz

die der spätere Henker der Kommune, Adolphe Thiers, bei einem Ausstellungsbesuch mit der Drohung bedachte: „Er liebt die Wahrheit zu sehr. Man sollte die Wahrheit nicht in einem solchen Ausmaß lieben!“

Als Courbet zu malen begann, hingen an den Wänden der Kunstsalons Gemälde mit nackten Göttinnen aus dem alten Griechenland und sanften Jünglingen aus dem Mittelalter. Denn „große Kunst“, so bestimmte die Akademie, müsse ihre Quellen in der Mythologie, der Religion, der alten Geschichte haben. Sie solle Ausdruck von „erhabenen Ideen“ sein. Die Gegenwart, die Wirklichkeit sei dagegen vulgär. Wir kennen diese Argumente auch heute: Kunst soll „Ewiges“ ausdrücken, Schönheit, Menschlichkeit, Harmonie. Damals wie heute dient diese Theorie allein dazu, die Wahrheit über den wirklichen Zustand der Gesellschaft zu verschleiern, uns mit Trugbildern die Augen zu vernebeln.

Courbet bekämpfte diese Kunsttheorie im Namen eines radikalen Realismus. Er schulte sich an den frühen bürgerlichen Realisten wie Rembrandt, Velasquez. Vor allem aber studierte er das Leben außerhalb der Ateliers: die Arbeit der Bauern, das Leben der Landbevölkerung um seinen Heimatort Ornans im französischen Jura. Als er 1850 auf einer Ausstellung diese Menschen in seinen Bildern „Die Steinbrecher“ und „Eine Beerdigung in Ornans“ vorstellte, reagierte die Pariser Bourgeoisie wütend. Sie beschimpften ihn als Scharlatan, Großmaul, Barbar. Und in den Theatern rissen die Possenreißer dieser verkommenen Gesellschaft schmutzige Zoten über diesen jungen Maler.

Was war für diese bürgerliche Gesellschaft denn so provozierend? Was galt für sie als Kunstskandal? Daß hier ein Maler einfache Leute aus dem Volk, Bauern, ins Zentrum des Bildes setzte, so wie es sonst nur den aristokratischen Herren gebührte. Daß Courbet das Leben auf dem Lande nicht idealisierte, sondern Widersprüche, Klassengegensätze in der bäuerlichen Gesellschaft ausdrückte. Die „Steinbrecher“, das ländliche Proletariat, geschunden, aber kraftvoll. Die ländliche Bourgeoisie vor dem offenen Grab als Totengemeinde. Courbet verstand seine realistische Malweise als politische Handlung: „Realismus ist die Demokratie in der Kunst.“ Und es ist ihm hoch anzurechnen, daß er an diesem Standpunkt trotz aller Anfeindungen festhielt.

Allerdings war sein Realismus noch durch bürgerliche Ideen beschränkt. Er vermochte noch nicht, hinter den Erscheinungen der Wirklichkeit die revolutionäre Rolle des Proletariats zu erkennen und auszudrücken. So wie es der sozialistische Realismus, die Kunst des Proletariats macht. Und darum ist diese Kunst die weitaus demokratischere. Courbets Bekanntschaft mit Proudhon, diesem kleinbürgerlichen Idealisten unter der Maske des Sozialisten, hat sicher dazu beigetragen, daß sein Realismus nicht über die präzise und kritische Darstellung seiner Umwelt hinausgeriet.

Wenn die Arbeiterklasse sich an Gustave Courbet erinnert, dann nicht wegen seiner Stilleben, die „annehmbar“ für die bürgerliche Kunstkritik waren und sind, sondern wegen seines ehrlichen und kämpferischen Einsatzes für die Sache der Unterdrückten. An den Courbet, der einen Orden aus den Händen des verhaßten Napoleon III. empört zurückwies: „Frei habe ich gelebt, frei will ich sterben, damit man von mir sagen kann: Dieser hat niemals weder einer Schule, einer Kirche, einer Institution noch einer Akademie und erst recht keinem Regime angehört, es sei denn einem Regime der Freiheit.“




Gustave Courbet: Die Barrikade. Holzschnitt, Paris, Februar 1848.

Als die Pariser Arbeiter am 18. März 1871 dieses „Regime der Freiheit“ errichteten, stellte sich Courbet begeistert in den Dienst der Kommune. Der Maler wurde als Abgeordneter des 6. Stadtbezirks in den Rat der Kommune gewählt. Unter seinem Vorsitz organisierten sich über 400 Maler und Grafiker zum „Bund der Künstler von Paris“. Dieser demokratische Künstlerverband proklamierte „freie Entfaltung der Kunst, unabhängig von jeder Bevormundung der Regierung“. Damit war aber nicht eine abstrakte Unabhängigkeit gemeint, nicht eine abstrakte Freiheit. „Wenn der Staat Kommune heißt, muß er oft und im Namen der Gerechtigkeit und der Freiheit in die Angelegenheiten der Kunst eingreifen.“ Das war der Standpunkt der proletarischen Revolutionäre im Rat der Kommune. Und Courbet unterstützte ihn.

Mit Courbets Namen ist eine Maßnahme der Pariser Kommune in „Angelegenheiten der Kunst“ verknüpft, die den Haß der Bourgeoisie auf sich zog und für die Arbeiterklasse als Symbol des proletarischen Internationalismus in Erinnerung bleiben wird: die Zerstörung der Napoleon-Säule auf dem Vendôme-Platz. Am 16. Mai sprengten die Kommunarden dieses „Monument der Barbarei, diese ständige Beleidigung der Besiegten durch die Sieger“, das Napoleon Bonaparte aus 1.200 eroberten Kanonen errichten ließ. Der Rat der Kommune verkündete dazu: „Die Pariser Kommune hat es für ihre Pflicht gehalten, dieses Sinnbild des Despotismus niederzureißen... Die Welt soll sich davon überzeugen: Die Gedächnissäulen, die sie errichten wird, werden nie mehr einen Schurken der Weltgeschichte feiern, sondern sie sollen die Erinnerung fortpflanzen an irgend eine ruhmreiche Tat auf dem Gebiet der Wissenschaft, der Arbeit und der Freiheit.“

Die Kämpfer der Kommune hatten keine Zeit mehr, diese neuen Denkmäler selbst zu errichten. Die Lehrer der Revolution, Marx, Engels, Lenin und Stalin, haben für sie und ihren Staat der Diktatur des Proletariats das Denkmal geschaffen, das ihren Kampf unauslöschlich machen wird. Während Marx und alle Revolutionäre den Sturz der Säule begrüßten als Zeichen der Kommune, „um ganz unverkennbar die neue geschichtliche Ära zu bezeichnen, die sie einzuleiten sich bewußt war“, demonstrierten die Versailler den Haß der Getroffenen.

Die Sieger machten Courbet persönlich für die Vernichtung der Säule verantwortlich. Während sie im Prozeß gegen den Künstler die Sprengung als Beweis für die „sinnlose Zerstörungswut“ der Kommunarden anführten, bekannte sich Courbet mutig und standhaft zu den Idealen der Kommune. Courbet mußte ins Gefängnis Saint-Pelagé. Doch das reichte der Bourgeoisie noch nicht als Rache an diesem Künstler, der sich mit dem Volk solidarisch gezeigt hatte. Zwei Jahre später wurde der Prozeß erneut aufgerollt. Die Klassenjustiz verurteilte Courbet zur Zahlung von 300.000 Francs. Er sollte den Wiederaufbau der Säule zahlen. Das Ministerium beschlagnahmte Courbets gesamtes Vermögen. Als man ihn schließlich ins Gefängnis stecken wollte, um ihn völlig zu ruinieren, floh Courbet über die Grenze in die Schweiz. Hier starb er vier Jahre später, gesundheitlich am Ende, finanziell ruiniert, von der bürgerlichen Presse verleumdet und beschimpft, 58 Jahre alt.

Heute feiert die bürgerliche Kunstszene diesen Maler als den Begründer des Realismus in der Malerei des 19. Jahrhunderts. Sie macht es mit Courbet so wie bei vielen fortschrittlichen Künstlern: Verfolgung und Unterdrückung werden totgeschwiegen; die bürgerlichen Schwächen der Werke werden herausgestellt; der Kampf an der Seite des Volkes wird zur „politischen Anekdote“ verniedlicht. Courbet hat nicht zu den bürgerlichen Unterdrückern gehört. Sein Platz war an der Seite des Volkes. Weil er entschieden demokratisch und republikanisch war, ergriff er in den Klassenkämpfen die Partei des Proletariats. Dieser Einsatz für den ersten Staat des Proletariats hat ihm einen Platz auf unseren Gedächtnis-Säulen gesichert.



Grussadresse des Zentralkomitees der KPD/ML



Genossinnen und Genossen, Freunde und Kollegen!

Zum 9. Jahrestag der Gründung der KPD/ML, zum 59. Jahrestag der Gründung der KPD und zum neuen Jahr entbietet das Zentralkomitee der KPD/ML allen Mitgliedern und Freunden unserer Partei und der Roten Garde, der Arbeiterklasse und den Werktätigen unseres Landes herzliche, revolutionäre Grüße.

Das zurückliegende Jahr, in dem der III. Ordentliche Parteitag seine Arbeit mit großem Erfolg abschließen konnte, war für unsere Partei zweifellos von großer Bedeutung. Der III. Parteitag war ein großartiger Ausdruck der kämpferischen Einheit unserer Partei auf der Grundlage ihrer revolutionären marxistisch-leninistischen Linie. Der III. Parteitag verabschiedete einstimmig das Programm und das neue Statut unserer Partei. Vor allem die Verabschiedung des Programms stellt einen gewissen Einschnitt in der Geschichte unserer Partei dar. Die Linie der Partei, ihre Strategie und Taktik sind damit im wesentlichen ausgearbeitet, auch wenn sie natürlich ständig weiterentwickelt, konkretisiert und im Klassenkampf überprüft werden müssen. Darum hat der III. Parteitag klar bestimmt, daß die Partei nun ihre Kräfte darauf konzentrieren muß, das Programm der Partei umzusetzen, die revolutionäre Linie der Partei breit in die Massen zu tragen, sich im Klassenkampf eng mit den Massen zu verbinden. „Tiefer hinein in die Massen!" Unter dieser Losung läßt sich der Auftrag des III. Parteitages an die Partei zusammenfassen.

Die Ergebnisse des III. Parteitages sind von der ganzen Partei und der Roten Garde sowie von allen wirklich revolutionären Kräften in unserem Land mit großer Begeisterung aufgenommen worden. Das hat die mitreißende Abschlußveranstaltung des Parteitages in Ludwigshafen, an der über 3.300 Genossen und Freunde teilnahmen, großartig zum Ausdruck gebracht.

Im Kampf für die Verwirklichung der Beschlüsse und Zielsetzungen des III. Parteitages hat die Partei im zurückliegenden Jahr gute Erfolge erzielt. Aber wenn wir die im Tätigkeitsbericht des 3. Zentralkomitees aufgeführten und vom III. Parteitag beschlossenen Zielsetzungen studieren, ist klar, daß noch sehr viel Einsatz und große Anstrengungen notwendig sind, um die vom III. Parteitag gestellten Aufgaben zu erfüllen. Dabei war die Einsatzbereitschaft der Genossen der Partei und der Roten Garde auch im zurückliegenden Jahr absolut vorbildlich. Das Zentralkomitee spricht dafür allen Genossinnen und Genossen, die unsere Partei im vergangenen Jahr in irgendeiner Weise unterstützt haben, den Dank der Partei aus. In Zukunft müssen die Kräfte der Partei noch planmäßiger eingesetzt, stärker auf die für den weiteren Aufbau der Partei wichtigsten Kampfaufgaben konzentriert werden.

Der III. Parteitag hat entsprechend dem Programm unserer Partei die drei wichtigsten Fronten des Klassenkampfes in unserem Land bestimmt:

1. Der Kampf gegen die sich ständig verschlechternde Lage der werktätigen Massen;

2. der Kampf gegen Faschismus und Sozialfaschismus, für die Verteidigung bzw. Erkämpfung demokratischer Rechte;

3. der Kampf gegen das Hegemoniestreben und die Kriegspolitik der zwei Supermächte und für die nationale Einheit Deutschlands.

Der Kampf gegen die sich ständig verschlechternde Lage der Werktätigen in Ost- und Westdeutschland

Die Richtigkeit dieser Festlegung der Hauptfronten des Klassenkampfes hat sich auch 1977 bestätigt. In ganz Deutschland hat sich die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse und der Werktätigen im vergangenen Jahr weiter verschlechtert. In Westdeutschland und Westberlin ruft vor allem das weitere Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit unter den Arbeitern wachsende Unruhe und Empörung hervor. Mit Demonstrationen und Kurzstreiks haben in vielen Betrieben die Arbeiter gegen geplante Stillegungen und Massenentlassungen protestiert. Noch steht der Großteil dieser Kämpfe mehr oder weniger unter dem Einfluß des reaktionären DGB-Apparats und der modernen Revisionisten. Hinhalten der Kollegen, Bettelresolutionen an die Kapitalisten oder an Stadträte und Landtage, schließlich Zustimmung zu Massenentlassungen und Stillegungen, Feilschen um Sozialpläne statt Mobilisierung der Kollegen zum Kampf — diese von den DGB-Bonzen und den revisionistischen Arbeiterverrätern überall eingeschlagene Taktik hat in den meisten Fällen bislang verhindert, daß die Kampfkraft der Belegschaften sich voll entfalten konnte, daß die Arbeiterklasse der Vernichtung von Hunderttausenden Arbeitsplätzen den notwendigen entschlossenen Widerstand entgegensetzen konnte. Aber gerade die Tatsache, daß der Kapitalismus den Arbeitern noch nicht einmal die Existenz als Lohnsklave sichern kann, untergräbt den Einfluß des Reformismus und der Klassenversöhnungsparolen auf die Arbeiterklasse. Denn in dieser Frage werden die ganze Arbeiterfeindlichkeit des Kapitalismus und die Unversöhnlichkeit des Widerspruchs zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse besonders deutlich.

Die Partei hat im vergangenen Jahr eine Reihe von Anstrengungen unternommen, um entsprechend den Beschlüssen des III. Parteitages die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit zu verbessern, den Aufbau von Partei und RGO in den Betrieben voranzutreiben. Dabei haben sich bereits gute Erfolge eingestellt. Im Kampf gegen die Verelendung der Arbeiterklasse, die sich in Westdeutschland und Westberlin vor allem in der wachsenden Arbeitslosigkeit und dem fortschreitenden Abbau der Reallöhne ausdrückt, werden zweifellos immer mehr Arbeiter sich davon überzeugen, daß nur das Programm unserer Partei, der revolutionäre und unversöhnliche Kampf gegen die Unternehmer und der Sturz des Kapitalismus durch die gewaltsame sozialistische Revolution, die Errichtung des Sozialismus und der Diktatur des Proletariats, den Klasseninteressen des Proletariats entspricht.

Auch in der DDR sieht sich die Arbeiterklasse ständigen Angriffen des Honecker-Regimes auf ihre Lebenslage ausgesetzt. Dabei treibt die neue ostdeutsche Bourgeoisie vor allem die Rationalisierung voran. Besonders die rücksichtslos und mit allen Mitteln betriebene Einführung der Schichtarbeit in großem Umfang ist auf große Empörung und breiten Widerstand unter den Arbeitern gestoßen. Die Werktätigen werden pausenlos zu höherer Leistung angetrieben. Gleichzeitig ist die Wohnungsnot für die Werktätigen nach wie vor katastrophal, wurden eine Reihe Waren für die Werktätigen durch verschiedene Tricks und Manipulationen verteuert. Auf der anderen Seite wurden auch im zurückliegenden Jahr Riesenwerte, die die ostdeutschen Arbeiter geschaffen haben, in die Sowjetunion verschoben. „Sozialistische Integration" — hinter diesem Schlagwort verbirgt sich nichts anderes als die Ausplünderung der DDR durch die russischen Sozialimperialisten. Und selbstverständlich erweitert auch die neue Bourgeoisie der DDR auf dem Rücken der Werktätigen ständig ihren eigenen ungeheuren Luxus. Daß für die Werktätigen der DDR viele Waren gar nicht zu kaufen sind, während sich in den Intershop-Läden die Regale mit Luxus-Waren aus dem westlichen Ausland biegen, empört zu Recht viele Werktätige der DDR. Das alles entlarvt die sozialistischen Phrasen der Honecker-Clique als vollständig demagogisch und verlogen.

Eine Reihe Protestaktionen und kleinerer Streiks der Arbeiter im letzten Jahr hat gezeigt, daß die Arbeiter und Werktätigen der DDR den Kampf gegen die Ausbeutung durch die Honecker-Clique und ihre Moskauer Oberherren aufgenommen haben und daß es darauf ankommt, daß die wirklichen Kommunisten in der DDR, zusammengeschlossen in der Sektion DDR unserer Partei, sich an die Spitze der Empörung und des Widerstandes der Volksmassen setzen, um diesen Kämpfen die richtige Orientierung zu geben, um der Arbeiterklasse und den Werktätigen der DDR den Weg der erneuten sozialistischen Revolution und der Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats zu weisen.

Das zurückliegende Jahr hat gezeigt, daß der Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Sozialfaschismus ständig an Bedeutung gewinnt. Unsere Partei hat in dieser Frage niemals Illusionen geschürt. Stets haben wir im Kampf gegen die verschiedenen opportunistischen und revisionistischen Theorien darauf hingewiesen, daß die Bourgeoisie nicht freiwillig abtreten wird, sondern daß sie auf jeden Fall versuchen wird, ihre Klassenherrschaft mit Blut und Terror, durch die Errichtung der faschistischen Diktatur gegen den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen zu verteidigen, wie sie es 1933 gemacht hat.

Gerade 1977 und besonders in den letzten Monaten hat die Bourgeoisie in Westdeutschland und Westberlin die Faschisierung vorangetrieben. Westdeutschland ist heute neben Spanien zweifellos der reaktionärste Staat Westeuropas. Zwar herrscht in der Bundesrepublik und in Westberlin im Gegensatz zur DDR noch keine faschistische bzw. sozialfaschistische Diktatur. Aber bürgerkriegsmäßige Polizeieinsätze wie in Brokdorf oder Kalkar, der Terror, den die Polizei im Zusammenhang mit der Schleyer-Entführung auf den Straßen unseres Landes und in den Wohnvierteln der Werktätigen entfaltete, Gesetze wie das Kontaktsperregesetz oder das geplante Todesschußgesetz und vor allem Stammheim haben gezeigt, daß wir es in der Bundesrepublik und in Westberlin bereits heute mit einem brutalen Polizeistaat zu tun haben, der mit faschistischem Terror gegen fortschrittliche und revolutionäre Bewegungen und gegen politische Gefangene vorgeht.

Der vom CDU-Vorstand beschlossene Verbotsantrag gegen unsere Partei und andere Organisationen hat gezeigt, daß es der Bourgeoisie vor allem darum geht, die Vorhutpartei des Proletariats zu zerschlagen und die revolutionäre Arbeiterbewegung niederzuhalten. Der Vorstoß der CDU-Reaktionäre scheint zunächst einmal ins Stocken geraten zu sein. Vor allem wegen der vielen taktischen Widersprüche, die es im bürgerlichen Lager in dieser Frage gibt. Sicher hat auch die machtvolle Kundgebung in Bonn zur Verschärfung dieser Widersprüche beigetragen.

Die Bourgeoisie bereitet sich auf ein neues 1933 vor. Diesmal aber bedient sie sich dabei nicht hauptsächlich einer faschistischen Massenpartei wie einst der NSDAP. Natürlich sind die offen faschistischen Organisationen heute sehr zahlreich. Sie erfreuen sich des staatlichen Schutzes und der staatlichen Förderung, während Antifaschisten, die gegen das braune Gesindel vorgehen, ins Gefängnis geworfen werden. Natürlich profitieren diese Nazi-Organisationen von der in Literatur und Film, Presse, Funk und Fernsehen allgegenwärtigen Wiederbelebung der Nazi-Propaganda. Trotzdem sind diese offen faschistisch auftretenden Nazi-Organisationen relativ klein. Heute bereitet die Bourgeoisie die Errichtung der faschistischen Diktatur unter dem Deckmantel der parlamentarischen Demokratie vor, angeblich um die sogenannte „freiheitlich-demokratische Grundordnung" zu verteidigen. Die faschistische Gefahr geht heute hauptsächlich vom bürgerlichen Staatsapparat selbst aus.

Die Bourgeoisie will eine neue faschistische Diktatur über die Arbeiterklasse und die Werktätigen errichten. Dagegen müssen alle, die gegen Reaktion und Faschismus kämpfen wollen, in einer breiten Front zusammengeschlossen werden. Wenn wir von einer breiten antifaschistischen Front sprechen, dann im Hinblick auf die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen und nicht im Hinblick auf einige opportunistische und revisionistische Zirkel, Spalterorganisationen, die niemals in der Lage sein werden, sich mit der Arbeiterklasse und den Werktätigen unseres Landes zu verbinden. Die Front gegen Reaktion und Faschismus kann nicht im endlosen und zwangsläufig ergebnislosen Palaver mit den Zirkelführern am grünen Tisch herbeigeredet werden. Sie kann nur durch unsere unermüdliche Arbeit unter den Massen geschaffen werden, nur dadurch, daß wir uns überall, wo die Werktätigen sich gegen Polizeiterror, politische Unterdrückung und faschistische Propaganda empören, an die Spitze dieser Empörung und des Widerstandes setzen. In diesem Sinne müssen wir dafür kämpfen, daß der 30. Januar, der Kampftag gegen Reaktion und Faschismus, ein wirklicher Schritt zur Schmiedung einer breiten Front gegen Reaktion und Faschismus wird.

Gegen Faschismus und Sozialfaschismus - für die Verteidigung bzw. Erkämpfung demokratischer Rechte

In der DDR hat die sozialfaschistische Unterdrückung der Werktätigen durch das Honecker-Regime weiter zugenommen. Gewachsen ist aber auch der Widerstand gegen das sozialfaschistische Regime. Vor allem die Jugend Ostdeutschlands lehnt sich zunehmend gegen die Unterdrückung auf, setzt sich wie auf dem Alexanderplatz in Ostberlin mutig gegen den sozialfaschistischen Terror zur Wehr. Der Haß der Arbeiterklasse, der Werktätigen und der Jugend auf die sozialfaschistische Diktatur und der Widerstand und die Kämpfe, die die Volksmassen gegen die sozialfaschistische Unterdrükkung entwickeln, sind von großer Bedeutung und werden ganz entscheidend zum Sturz der Diktatur der neuen Bourgeoisie und des russischen Sozialimperialismus in der DDR beitragen.

Dagegen wird von der bürgerlichen Presse und einigen opportunistischen Zirkeln in Westdeutschland die Opposition bürgerlich-intellektueller Kreise in der DDR in den Vordergrund gerückt. Diese Leute, wie Biermann, Havemann usw. haben natürlich Widersprüche zum Honecker-Regime, und die Tatsache, daß eine relativ große Zahl solcher bürgerlicher Oppositioneller vorübergehend verhaftet und ausgebürgert wurde, zeugt sicher auch vom sozialfaschistischen Charakter des Regimes in der DDR. Aber die meisten dieser sogenannten Oppositionellen sind geschworene Antikommunisten. Entweder treten sie offen für den Kapitalismus westlicher Prägung ein oder sie sind Anhänger Dubceks, Titos und der Eurorevisionisten, was am klarsten Biermann durch seinen Eintritt in die spanische revisionistische Partei dokumentierte. Diese bürgerliche Opposition gegen das Honecker-Regime ist daher keineswegs fortschrittlich, sondern reaktionär. Sie hat nichts zu tun mit dem gerechten Widerstand der Werktätigen gegen die sozialfaschistische Diktatur.

Das Schwergewicht des Kampfes unserer Partei gegen die kapitalistische Diktatur der neuen ostdeutschen Bourgeoisie und ihrer Moskauer Oberherren lag im vergangenen Jahr auf dem weiteren Aufbau der Sektion DDR unserer Partei. Auch 1977 konnte der Aufbau der Sektion DDR weiter vorangetrieben werden, ohne daß es dem sozialfaschistischem Regime gelungen ist, unserer jungen Sektion in der DDR einen nennenswerten Schlag zu versetzen. Wegen ihres mutigen Kampfes unter den schweren Bedingungen der Illegalität gebührt unseren Genossen in der DDR der besondere Dank und die Solidarität der gesamten Partei.

Fortsetzung auf Seite 10

Aus aller Welt

SAHARA

Französische Bombenangriffe auf Partisanen

Vor einigen Wochen noch hatte der französische Außenminister Guiringaud frech gelogen: Anschuldigungen wegen der französischen Luftangriffe auf Partisanen der westsaharischen Befreiungsbewegung seien reine „Augenwischerei". Inzwischen jedoch konnte Paris diese Angriffe nicht mehr leugnen, und derselbe Guiringaud erklärte jetzt unverschämt: „Wir haben das getan und wir werden es wieder tun."

Was war geschehen? Am 14. und 15. Dezember hatten mehrere Staffeln von französischen Bombern Einheiten der Partisanen mit Napalm- und Phosphorbomben angegriffen. Mehrere Partisanen und etwa 50 von ihnen mitgeführte Gefangene, Angehörige der mauretanischen Armee, fanden dabei den Tod. Die Patrioten der ehemaligen Kolonie Spanisch-Sahara führen seit langem den Kampf um ihre Unabhängigkeit. Nach dem Abzug der spanischen Kolonialherren haben die reaktionären Regimes von Marokko und Mauretanien das Territorium der Westsahara unter sich aufgeteilt und durch ihr Militär besetzt. Mit grausamem Terror versuchen sie, den Freiheitskampf des Volkes der Westsahara zu unterdrücken.

Hinter ihnen stehen die amerikanischen und französischen Imperialisten, die in erster Linie die Reichtümer der Westsahara ausplündern. Der Napalm-Überfall der französischen Luftwaffe hat wieder deutlich gemacht, daß die Imperialisten bereit sind, ihre räuberischen Interessen mit allen Mitteln gegen den gerechten Kampf der Völker zu verteidigen. Die Tatsache, daß die französischen Mordbomber nicht nur in Mauretanien, sondern auch im benachbarten Senegal stationiert sind, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Pariser Afrika-Politik. Wie mit dem Senegal, so bestehen auch mit 16 weiteren afrikanischen Ländern sogenannte „militärische Beistandsverträge" die es den französischen Imperialisten erlauben, nach Belieben dort Truppen zu stationieren, die zur Unterdrückung des Freiheitskampfes der afrikanischen Völker eingesetzt werden.



Die Patrioten der Westsahara sind entschlossen, alle Angriffe der Imperialisten und der afrikanischen Reaktionäre zurückzuschlagen. Allein im Dezember konnten sie zwei Kampfflugzeuge der französischen Armee vom Typ „Jaguar" vernichten.

VENEZUELA

Opec-Konferenz: Keine Erhöhung des Ölpreises

Ende Dezember trafen in Venezuela die Delegierten der Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC) zusammen, um über die künftige Preispolitik zu beraten. Obwohl von mehreren Vertretern die Notwendigkeit betont wurde, angesichts der starken Verteuerung von Industriewaren die Ölpreise zu erhöhen, wurde kein entsprechender Beschluß gefaßt, sondern im Gegenteil ein Einfrieren der Ölpreise für den Verlauf von sechs Monaten beschlossen.

Verantwortlich dafür waren die Vertreter Saudi-Arabiens, des Iran und der Scheichtümer am Persischen Golf. Sie hatten teilweise sogar erklärt, daß sie sich über Beschlüsse für eine Preiserhöhung einfach hinwegsetzen würden. Ihre Begründung: Die ölexportierenden Länder müßten einen Beitrag leisten zur Stabilität der Weltwirtschaft. Mit der gleichen Begründung waren die Vertreter dieser reaktionären Staaten schon früher gegen Preiserhöhungen aufgetreten. Aber um welche Stabilität geht es denn? Es ist die „Stabilität" der imperialistischen Profite. Die Imperialisten sind es, die versuchen, die Preise für die Rohstoffe so weit wie möglichlich zu drücken. Gleichzeitig erhöhen sie ständig die Preise ihrer Industrieprodukte.

Deshalb ist der Kampf der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gegen den Verfall der Rohstoffpreise notwendig und gerecht. Die Tatsache, daß die reaktionären Potentaten vom Persischen Golf diesen Kampf sabotieren, zeigt erneut, daß sie als Interessenvertreter der Imperialisten, vor allem der amerikanischen Supermacht, handeln.

BRITANNIEN

Streik der Feuerwehrleute geht weiter

Zum Jahresende standen die britischen Feuerwehrleute weiter im Streik für eine 30%ige Lohnerhöhung, der bis dahin schon sechs Wochen andauerte. Dabei bekommen sie keinerlei finanzielle Unterstützung durch den Gewerkschaftsdachverband TUC. Die reaktionären Gewerkschaftsbonzen haben sogar beschlossen, dem Streik nicht einmal propagandistische Unterstützung zu geben. So wollen sie den reaktionären Sozialpakt der britischen Regierung durchsetzen, nach dem nur Lohnerhöhungen bis zu zehn Prozent gewährt werden sollen. Breite Solidarität finden die Feuerwehrleute dagegen bei den britischen Werktätigen. So wurden etwa allein in London 240.000 Mark für den Streik gesammelt.

ALBANIEN

Delegation der KPSp/ML von Enver Hoxha empfangen

Auf Einladung des Zentralkomitees der PAA weilte eine Delegation der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten unter der Leitung von Raoul Marco, Mitglied des Sekretariats der Partei, zu einem Besuch in Albanien. Genosse Enver Hoxha, Erster Sekretär des ZK der PAA, traf mit den Genossen der spanischen Delegation zusammen und hatte mit ihnen eine herzliche und freundschaftliche Unterredung. Die Delegation der KPSp/ML traf auch mit Ramiz Alia, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PAA, zu Gesprächen zusammen. Bei diesen Gesprächen, die durch vollständige Einheit des Denkens gekennzeichnet waren, wurden Probleme von gegenseitigem Interesse besprochen. An den Gesprächen nahmen auch das Mitglied des ZK der PAA Gafur Cuci und der Leiter der Auslandsabteilung beim ZK der PAA, Piro Bita, und andere Genossen teil.





Spanien Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die ,,Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500568, Tel.: 040/3902959**

Italien Griechenland

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

Fortsetzung von Seite 9

Gegen das Hegemoniestreben und die Kriegspolitik der zwei Supermächte - für die nationale Einheit Deutschlands

Auch 1977 verschärfte sich der Kampf der beiden imperialistischen Supermächte, des USA-Imperialismus und des russischen Sozialimperialismus, um die Weltherrschaft und damit erhöhte sich die Gefahr neuer imperialistischer Kriege. Obwohl es im vergangenen Jahr an dieser Front noch keine größeren Massenbewegungen gegeben hat, hat die Partei in ihrer gesamten Arbeit kontinuierlich die Kriegspolitik des Imperialismus, besonders der beiden Supermächte, entlarvt. Es ist unsere Pflicht, das Bewußtsein der Volksmassen über die wachsende Kriegsgefahr und für die Notwendigkeit des entschlossenen Kampfes gegen die beiden Supermächte und ihre aggressiven Militärblöcke, NATO und Warschauer Pakt, also auch gegen den westdeutschen Imperialismus und das Honecker-Regime, zu erhöhen. Dieser Kampf ist eng verbunden mit dem Kampf gegen die nationale Spaltung und gegen die Besetzung Deutschlands durch die beiden Supermächte. Ohne konsequenten Kampf gegen diese Todfeinde unseres Volkes kann der Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland nicht siegreich sein.

" Die Theorie der drei Welten " ist eine revisionistische, konterrevolutionäre Theorie

Von großer Bedeutung war für unsere Partei wie für die gesamte kommunistische Weltbewegung im vergangenen Jahr der Kampf gegen die neue internationale opportunistische Strömung und ihre sogenannte „Theorie der drei Welten". Der Kampf gegen diese neue Spielart des modernen Revisionismus ist vor allem deshalb kompliziert und schwierig, weil im Zentrum dieser konterrevolutionären Strömung die Führung der Kommunistischen Partei Chinas steht.

Schon seit Jahren wird die von der Regierung der Volksrepublik China betriebene Außenpolitik innerhalb der kommunistischen Weltbewegung und unter den revolutionären Arbeitern heftig diskutiert. So die Unterstützung der NATO und der amerikanischen Präsenz in Westeuropa und die Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft durch die Regierung der VR China. So die Gewährung von Krediten an das faschistische Regime in Chile. In Westdeutschland ist vor allem der Strauß-Besuch in China und die höchsten Ehren, die diesem Faschisten in Peking zuteil wurden, sowie die Einladung an faschistische Generäle und Kriegsverbrecher wie Trettner und Kielmansegg von den revolutionären Arbeitern mit Empörung aufgenommen worden. Diese Außenpolitik der chinesischen Regierung steht im Widerspruch zu den Interessen des Weltproletariats, der unterdrückten Völker, des Sozialismus und der kommunistischen Weltbewegung. Sie verstößt vollständig gegen den proletarischen Internationalismus. Offensichtlich will die chinesische Regierung sich mit den zum größten Teil reaktionären Regimen in Asien, Afrika und Lateinamerika und mit den westlichen Imperialisten einschließlich des USA-Imperialismus gegen den sowjetischen Sozialimperialismus verbünden. Unsere Partei hat diese konterrevolutionäre Politik zeitweilig in einigen Punkten unterstützt und gerechtfertigt, oder dazu geschwiegen, obwohl sie sich auch gegen die Interessen der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes gerichtet hat und richtet. Das war, wie wir selbstkritisch feststellen, ein schwerer opportunistischer Fehler.

Die Führung der Kommunistischen Partei Chinas hat die revisionistische „Theorie der drei Welten" entwickelt. Unsere Partei, die selbst anfangs den Fehler gemacht hat, dieses Konzept (wenn auch nicht als strategische Generallinie) zu propagieren, hat später wiederholt nachgewiesen, daß die sogenannte „Theorie der drei Welten" im vollständigen Widerspruch zu den Lehren und Prinzipien des Marxismus-Leninismus steht, und wir haben diese „Theorie" entschieden bekämpft. Sie ist eine revisionistische, konterrevolutionäre Theorie. Sie ist gegen den Kampf des Proletariats in den kapitalistischen Ländern für den Sozialismus gerichtet. Sie sabotiert den Befreiungskampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus und die innere Reaktion. In den sozialistischen Ländern ist sie gegen den Kampf des Proletariats und der Volksmassen für die Verteidigung und Festigung der Diktatur des Proletariats gerichtet.

Seit geraumer Zeit versucht die Führung der KP Chinas den Bruderparteien diese revisionistische „Theorie" mit allen Mitteln als strategische Generallinie aufzuzwingen. Die Führung der KP Chinas hat versucht, auf verschiedene Bruderparteien Druck auszuüben oder sie durch Fraktionsbildungen zu spalten, weil diese Bruderparteien sich weigerten, die revisionistischen Auffassungen der Führung der KP Chinas zu akzeptieren. In einer Reihe von Ländern, so auch in Westdeutschland, unterstützt die Führung der KP Chinas durch und durch opportunistische und provokatorische Gruppen gegen die bestehende kommunistische Partei. Diese vollständig prinzipienlose Politik der Führung der KP Chinas bedeutet Sabotage am Kampf der Kommunisten für die prinzipienfeste Einheit der kommunistischen Weltbewegung. Es ist offensichtlich, daß eine solche Politik nur die Spaltung der kommunistischen Weltbewegung zum Ziel haben kann.

Unsere Partei führt seit längerer Zeit einen energischen Kampf gegen diese konterrevolutionäre Politik. Deswegen sind wir häufig — auch von chinesischer Seite — als „chinafeindlich" angegriffen worden. Ein solcher Vorwurf ist völlig unbegründet. Unsere Partei hat schon vor längerer Zeit versucht, die schwerwiegenden Differenzen, die zwischen uns und der Führung der KP Chinas bestehen, mit Vertretern der KP Chinas zu diskutieren. Faktisch hat die KP Chinas jede ernsthafte Diskussion über diese Fragen abgelehnt. Es ist sogar von einem offiziellen Vertreter der KP Chinas geäußert worden, unsere Partei habe kein Recht, die KP Chinas zu kritisieren. Schließlich haben wir unsere Kritik an verschiedenen Punkten der Politik der Führung der KP Chinas in einem an das Zentralkomitee der KP Chinas gerichteten internen Brief zusammengefaßt und übergeben. Die KP Chinas verweigerte selbst die Annahme dieses Briefes und schickte ihn offen durch die bürgerliche Post zurück. Das ist tatsächlich eine feindliche, chauvinistische Haltung gegenüber einer Bruderpartei.

Der Vorwurf der „Chinafeindlichkeit" ist reine Demagogie und soll vom Wesen der Sache ablenken. Das Wesen der Sache liegt darin, daß die Führung der KP Chinas eine konterrevolutionäre Linie verfolgt, daß sie dem Weltproletariat, den unterdrückten Völkern und der kommunistischen Weltbewegung großen Schaden zugefügt hat und zufügt. Die Führung der KP Chinas lehnt jede ernsthafte Diskussion über diese Fragen ab. Es gibt für unsere Partei und für andere Bruderparteien keine Möglichkeit mehr, sie vom revisionistischen Charakter ihrer Auffassungen zu überzeugen und sie zu bewegen, auf den Boden des Marxismus-Leninismus zurückzukehren. Sie muß deshalb von den Marxisten-Leninisten als konterrevolutionär bekämpft werden.

Unsere Partei hat im zurückliegenden Jahr gemeinsam mit den Bruderparteien, die konsequent an der marxistisch-leninistischen Linie festhalten, den Kampf gegen den modernen Revisionismus einschließlich dieser neuen internationalen opportunistischen Strömung, für die Verteidigung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und für die fest auf diesen Prinzipien begründete Einheit der kommunistischen Weltbewegung verstärkt. Die machtvollen internationalistischen Kundgebungen in Rom, Ludwigshafen, Athen und Lissabon haben gezeigt, daß der proletarische Internationalismus unbeschadet aller Angriffe der Sozialchauvinisten und Revisionisten ein lebendiges Prinzip der kommunistischen Weltbewegung ist. Die gemeinsame Erklärung unserer Partei mit der griechischen, italienischen, portugiesischen und spanischen Bruderpartei stellt einen wichtigen Sieg dar im Kampf für die Verteidigung des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus, für die Einheit der kommunistischen Weltbewegung. Dieser Kampf aber ist längst noch nicht abgeschlossen, sondern er muß auch im vor uns liegenden Jahr verstärkt weitergeführt werden. Ohne konsequenten Kampf gegen den modernen Revisionismus, diese seine neueste Spielart eingeschlossen, kann die Einheit der kommunistischen Weltbewegung nicht erkämpft werden.

Vorwärts mit der KPD/ML!

Genossinnen und Genossen!

In diesem Jahr wird die Rote Garde ihren 1. Kongreß abhalten. Der Kongreß wird das Kampfprogramm und das Statut der Roten Garde verabschieden, und die Rote Garde wird sich auf diesem Kongreß als organisatorisch selbständiger kommunistischer Jugendverband der Partei konstituieren. Die gesamte Rote Garde muß mit Unterstützung der Partei alle Kräfte anspannen, damit dieser Kongreß zu einem wirklichen Ereignis für die gesamte revolutionäre Jugend unseres Landes wird.

Von den anderen großen Aufgaben, die in diesem Jahr vor uns stehen, seien noch die Betriebsratswahlen genannt. Unsere Betriebszellen sind entschlossen, den Kapitalisten und dem arbeiterfeindlichen DGB-Apparat wuchtige Schläge zu versetzen und die Betriebsratswahlen zu einem wirklichen Erfolg bei der Gewinnung der Vorhut des Proletariats für den Kommunismus und beim Aufbau der RGO zu machen.

Wir gehen in ein neues Jahr mit großen Aufgaben für die gesamte Partei und die Rote Garde. Unsere Partei aber ist für die Bewältigung dieser Aufgaben gut gerüstet. Die Partei ist fest auf der Grundlage ihres marxistisch-leninistischen Programms zusammengeschlossen. Die Beschlüsse des III. Parteitages zeigen uns die nächsten Schritte beim weiteren Aufbau der Partei und zu ihrer tieferen Verankerung in den Massen.

Vorwärts mit der KPD/ML!

Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Zentralkomitee der KPD/ML

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Kolumbien

Zehn Jahre Befreiungskampf unter Führung der KP Kolumbiens/ML

Am 17. Dezember dieses Jahres sind es zehn Jahre, seitdem in Kolumbien der revolutionäre bewaffnete Kampf unter Führung der Kommunistischen Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten begonnen hat. Die ersten Flammen dieses Kampfes, des Kampfes gegen die einheimische Oligarchie (die kleine Schicht der herrschenden Ausbeuterklassen — RM) und den USA-Imperialismus, loderten im Nordosten des Landes auf, in den Tälern der Flüsse San Jorge, Sinú und Cauca. Diese Flammen wurden bald zu einem großen Feuer, das sich ununterbrochen ausbreitete.

Im Feuer dieses Kampfes wurde die Volksbefreiungsarmee gegründet, die von der KP Kolumbiens/ML als der bewaffnete Arm des Volkes betrachtet wird. In diesen zehn Jahren hat die Volksbefreiungsarmee ständig Aktionen durchgeführt. Dabei wurden wichtige Erfolge erzielt — nicht nur auf dem Schlachtfeld. Das politische Bewußtsein des Volkes wuchs und sein Haß gegen den Feind vertiefte sich. Die Volksbefreiungsarmee befreite weite Gebiete im Nordosten Kolumbiens und errichtete dort als Keimform der Volksmacht Volksräte wie in Alto San Jorge und in Alto Sinú.

Die erfolgreiche Entwicklung des bewaffneten Kampfes der kolumbianischen Partisanen hat dazu geführt, daß die Basis der einheimischen Oligarchie und ihrer Oberherren, der USA-Imperialisten, ernsthaft erschüttert wurde. Die Partisanen verteidigen heroisch die befreiten Gebiete im Nordosten und dehnen ihre Kampfaktionen auch auf den Südosten des Landes aus.

Das proimperialistische und blutrünstige Regime von López Michelsen setzt alles daran, um dem Feuer des Volkskrieges zu entgehen. Doch vergebens. Es organisierte dazu mehrere verbrecherische Vernichtungskampagnen gegen die Volksbefreiungsarmee und viele Einkreisungs- und Unterdrückungsoperationen gegen die befreiten Gebiete, bei denen viele Werktätige getötet wurden. So soll das Volk gezwungen werden, dem revolutionären bewaffneten Kampf keine Unterstützung mehr zu geben. Gleichzeitig wurden auch die Spezialeinheiten für den Kampf gegen die Partisanen verstärkt, deren Angehörige auf besonderen amerikanischen Militärschulen ausgebildet wurden. Washington lieferte auch moderne Waffen wie Flugzeuge, Hubschrauber und Kriegsschiffe, um den Volkskrieg in Kolumbien mit Feuer und Schwert zu unterdrücken. Doch dies ist ihnen nicht gelungen und wird ihnen auch nie gelingen.

Ein deutlicher Beweis dafür ist auch die erfolgreiche Tagung des 5. Plenums der patriotischen Räte in den Gegenden Sinú, San Jorge und Cauca im Juli dieses Jahres, wo auch die neuen Kampfaufgaben festgelegt wurden.

In diesem Jahrzehnt des Kampfes und zahlloser Zusammenstöße der kolumbianischen Patrioten mit den Klassenfeinden festigte sich bei ihnen die Überzeugung, daß sie nur dann, wenn sie diesen bewaffneten Volkskrieg zu Ende führen, ohne sich den Erpressungen zu beugen und ohne irgendeinen Kompromiß mit dem Feind zu akzeptieren, nur dann, wenn sie sich stets auf die eigenen Kräfte stützen, endlich den vollständigen Sieg über das proimperialistische und blutrünstige Regime von Bogota erringen werden.

Die Situation stellte das kolumbianische Volk vor die unbedingte Notwendigkeit, den Kampf nicht nur gegen das machthabende reaktionäre Regime zu führen, sondern auch gegen die einheimischen Klassen, die dieses Regime vertritt und beschützt, nämlich die Großgrundbesitzer und die Großbourgeoisie, sowie gegen den Imperialismus, der sie unterstützt und ihre Herrschaft in diesem Land aufrechterhält.

Der Kampf im Nordosten Kolumbiens, die Errichtung der patriotischen Räte in dieser Gegend als Keimformen der Volksmacht, das ist für alle Revolutionäre, für die patriotischen Kräfte, für das Volk dieses Landes ein weiterer Ansporn in ihrem Kampf für die nationale und soziale Befreiung. Dadurch wurde ihnen der Weg gewiesen, den sie gehen müssen, um ihre berechtigten Bestrebungen vollständig zu verwirklichen, um den Sieg zu erringen, um die politische Macht zu ergreifen, die sie dem Feind durch revolutionäre Gewalt entreißen werden.

Darum heißt es auch in einem Artikel der Zeitung „Revolution", Organ der KP Kolumbiens/ML: „Unsere Partei hat die Pflicht, entschieden den Weg des langwierigen bewaffneten Volkskrieges zu gehen, dessen wichtiger Bestandteil die Errichtung von Stützpunkten ist, wobei die patriotischen Räte und die Volksbefreiungsarmee die Hauptfaktoren sind."

(Radio Tirana)

Kolumbien

Halbkolonie des USA-Imperialismus

Kolumbien (rund 22 Millionen Einwohner, Hauptstadt Bogota) ist ein sehr reiches Land. Hier gibt es Gold, Smaragde, Nickel, Uran und Kohle. Nach Brasilien ist Kolumbien das zweitgrößte Kaffeeanbauland auf der Welt. 20% der gesamten Kaffeeproduktion der Welt kommen aus Kolumbien. Trotzdem lebt die große Mehrheit der Bevölkerung im Elend. Die Bodenschätze, Fabriken und fast 70% des nutzbaren Grund und Bodens befinden sich in den Händen von ein paar Großgrundbesitzern, der Großbourgeoisie und der Imperialisten, vor allem der USA-Imperialisten, deren Halbkolonie Kolumbien ist.

Die amerikanischen Imperialisten beherrschen die kolumbianische Industrie fast vollständig. Über hundert Betriebe der Großindustrie sind zu über 50% in den Händen der Wallstreetbosse. Allein in den letzten Jahren sind die ausländischen Direktinvestitionen in Kolumbien um fast 40% gestiegen. Die westdeutschen Imperialisten sind daran mit über 100 Mio. DM beteiligt. Jeder Dollar und jede Mark, die die Kapitalisten in Kolumbien investieren, wird von ihnen für die zügellose, brutalste Ausbeutung der Arbeiter in Kolumbien verwendet. Welche enormen Profite die Imperialisten dabei aus den kolumbianischen Werktätigen herauspressen, zeigt das Beispiel der Papierfabrik Carton de Columbia S. A., die zu fast 100% im Besitz amerikanischer Kapitalisten ist und auf dem kolumbianischen Markt eine Monopolstellung hat. 1944 schafften die amerikanischen Kapitalisten ein veraltetes, kleines Mühlwerk nach Kolumbien. Der ganze heutige riesige Konzern mit Zweigbetrieben in Bogota, Medellin, Barranquilla und anderen Städten wurde mit den Profiten aufgebaut, die den Arbeitern dieses Mühlwerks abgepreßt wurden.

Noch schlimmer ist die Lage auf dem Land. 80% der Landbevölkerung besitzt überhaupt kein eigenes Land. Die meisten von ihnen haben von den Großgrundbesitzern für eine bestimmte Zeit 1-2 ha ehemaliges Weideland zu Wucherbedingungen gepachtet. Da sie davon nicht existieren können, müssen sie meist zusätzlich noch für den Großgrundbesitzer unbezahlte Zwangsarbeit verrichten. Diesen Großgrundbesitzern (4% der Grundbesitzer) gehören rund 70% der landwirtschaftlichen Betriebsfläche Kolumbiens. Das restliche Land wird fast vollständig für den Kaffeeanbau genutzt. Aber mit einer Durchschnittsgröße von knapp 3 ha sind die Kaffeebetriebe nicht lebensfähig. Bei den Wucherern und Banken hochverschuldet und fest im Griff der „Nationalvereinigung der Kaffeeindustriellen" — die die Interessen der Imperialisten und Großgrundbesitzer vertritt — schuften die Bauern und Pächter praktisch umsonst für den Profit der Kaffeekonzerne. Die Landflucht hat deshalb enorme Ausmaße angenommen. Aber auch in den Städten gibt es kaum Arbeit. Die Arbeitslosenquote beträgt 30%. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß das — offizielle, also beschönigte — Durchschnittseinkommen in Kolumbien mit 224 Dollar noch unter dem lateinamerikanischen Durchschnitt liegt.



Arbeits- und obdachlose Landarbeiterfamilie in den Straßen von Bogota

Die ausgebeuteten und unterdrückten Volksmassen Kolumbiens haben sich jedoch niemals mit diesen Verhältnissen abgefunden. Sie haben sich immer wieder zu großen Kämpfen gegen ihre Peiniger erhoben. Als 1948 der Führer der „Liberalen Partei" auf offener Straße erschossen wurde, kam es zum spontanen Aufstand. Mit der Waffe in der Hand nahm das kolumbianische Volk den Kampf auf. In vielen Teilen des Landes gelang es den Bauern, praktisch befreite Gebiete zu errichten.

Die herrschenden Cliquen antworteten mit beispiellosem Terror. In den zehn Jahren bis 1958 ermordeten sie über 500.000 Arbeiter, Bauern und andere Werktätige. Allein um Rebellen im Gebiet von Marquetalia niederzuwerfen, wurden 16.000 Soldaten eingesetzt, 20.000 Bomben abgeworfen und 1,5 Mio. Projektile verschossen. Ohne die amerikanischen Imperialisten, die das notwendige Material lieferten, wäre das unmöglich gewesen. 1957 schlossen die in zwei Fraktionen gespaltenen Ausbeuter (die „Konservativen" und „Liberalen") einen förmlichen Pakt zur Ausrottung der Revolution, in dem sie gleichzeitig die Regierungs- und Staatsämter unter sich aufteilten. Gegen die vereinigten Kräfte der Reaktion und durch den Verrat der modernen Revisionisten ihrer Führung beraubt, unterlagen die Revolutionäre schließlich. In Kolumbien wurde ein faschistisches Regime errichtet, hinter dem als Oberherr der USA-Imperialismus stand und steht. An der Spitze dieses Regimes steht heute der Großgrundbesitzer und Führer der „Liberalen Partei", López Michelsen.

Mit der Gründung der KP Kolumbiens/ML im Jahr 1964 nahm der Kampf des kolumbianischen Volkes einen neuen Aufschwung. Von der Partei geführt begann am 17. Dezember 1967 der bewaffnete revolutionäre Kampf, der sich bis heute ständig ausgeweitet hat. Zugleich nahmen auch die Kämpfe in den anderen Bereichen einen großen Aufschwung. Wie weit das Bewußtsein des Volkes fortgeschritten ist, zeigt eine Beteiligung von nur rund 20% bei der letzten Wahlfarce.

Heute ist Kolumbien in Lateinamerika das Land, in dem der Volkskrieg und die Verschärfung der Widersprüche am weitesten fortgeschritten sind. Geführt von seiner Partei wird das kolumbianische Volk sicher mit der Ausbeutung und Unterdrükkung durch die in- und ausländischen Ausbeuter Schluß machen und durch die Revolution die Freiheit erringen.

Zwei Wochen als Gast der illegalen KP Spaniens/ML

Für Spaniens Freiheit!



Zwei Wochen lang reiste eine Genossin der KPD/ML durch Spanien, eingeladen von unserer Bruderpartei, der KP Spaniens/ML. Beginnend mit der nächsten Ausgabe wird der „Rote Morgen" längere Auszüge aus ihrem Reisebericht veröffentlichen.

In diesen Reportagen entsteht ein lebendiges Bild des heutigen Spanien, der Kämpfe der werktätigen Massen, der revolutionären Arbeit der Partei. Wir werden Zeuge der Streikkämpfe bei den Bauarbeitern Madrids, in den Schuhfabriken von Elche, erfahren über die Massendemonstrationen für die Selbstbestimmung der Völker Spaniens, über den Kampf für die Amnestie der politischen Gefangenen, erleben die tagtägliche Arbeit, das Eingreifen der Genossen der Bruderpartei in diese Kämpfe.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Charles Chaplin gestorben

Ein Volkskünstler

Am 25. Dezember starb — 88jährig — Charles Spencer Chaplin, einer der großen Pioniere der Filmkunst. Mehr als 60 Jahre sind vergangen, seitdem er seine ersten Streifen drehte, die Figur erfand, die ihn weltberühmt machte: Charlie, den Tramp mit dem kleinen Schnurrbart, der Melone auf dem Kopf und den schäbigen, viel zu weiten Hosen. Das meiste von dem, was Chaplins Zeitgenossen in all diesen Jahren in Hollywood produziert haben, ist längst vergessen. Charlie aber begeistert weiter die einfachen Menschen in allen Ländern der Erde.



Chaplin in „Goldrausch"

Was ist das Geheimnis seines andauernden Erfolgs? Es ist nicht nur die Tatsache, daß er die Menschen zum Lachen bringt, die große Meisterschaft der Pantomime, wie sie etwa im Brötchentanz des Films „Goldrausch" oder in den Fabrikszenen von „Moderne Zeiten" zum Ausdruck kommt. Es ist noch etwas anderes. Der kommunistische Reporter Egon Erwin Kisch, der Chaplin Ende der zwanziger Jahre besuchte, sagte: „Die, die ehrlich sind, findet man in Hollywood viel seltener als anderswo. Der Ehrlichste von allen heißt Charlie Chaplin. In seinen Filmen ist es nicht wie in Hollywood, sondern wie im Leben: Der Arme bleibt arm, der Prügelknabe wird geprügelt, und für den komisch aussehenden Menschen gibt es kein Happy-end."

Was es gibt in diesen Filmen, das ist der Kampf ums Überleben, die Jagd nach einem Stück Brot, die Suche nach Arbeit. Charlie schlägt sich mit Polizisten herum, mit Gaunern, Kapitalisten und anderen dunklen Gestalten. Und er führt den Kampf auf seine Art, naiv, aber voller List und Tücke. Daß er, der Prügelknabe, immer wieder den Mächtigen ein Bein stellt, daß er eine Reihe von kleinen Siegen über sie davonträgt, das hat ihn bei den Unterdrückten so beliebt gemacht. Das hat Charles Chaplin in der Zeit seiner Schaffensperiode allerdings auch die Feindschaft der Unterdrücker eingetragen. Als Kisch ihn in Hollywood besucht, sieht er zum ersten Mal „Das Gewehr über!", einen Film, der sowohl in Deutschland wie auch in den Vereinigten Staaten verboten war.

Chaplin sagte zu Kisch: „Ich bin sehr stolz auf diesen Film, inmitten der wahnsinnigsten Kriegspsychose ist er entstanden und zeigt den ganzen Unfug und die Schrecken des Krieges."

Ähnlich erging es später Chaplins Satire auf den Hitler-Faschismus, dem „Großen Diktator". Auch dieser Film wurde verboten, er durfte in den USA erst nach ihrem Eintritt in den zweiten Weltkrieg gezeigt werden. Und wieder weigerte sich Chaplin, zum Propagandisten der amerikanischen Kriegsinteressen zu werden. Während die Wallstreet-Imperialisten dem Überfall der faschistischen Truppen auf die Sowjetunion zusahen, in der Hoffnung, daß der erste sozialistische Staat der Welt verbluten würde, rief Chaplin zur Verteidigung Sowjetrußlands und zur Bildung einer zweiten Front in Europa auf. „Ich bin kein Kommunist", erklärte er, „aber ich empfinde ziemlich prokommunistisch."

Nach dem Krieg begann die reaktionäre Hetzkampagne gegen Chaplin. Er wurde immer wieder vor den berüchtigten „Ausschuß zur Untersuchung unamerikanischer Aktivitäten" geladen. Boykotts gegen seine Filme wurden organisiert. 1947 schickte Chaplin ein Telegramm an Picasso, in dem er ihn aufforderte, vor der amerikanischen Botschaft in Paris eine Protestdemonstration gegen die drohende Ausweisung Hanns Eislers, des Komponisten des „Einheitsfront-Liedes", zu organisieren. Jetzt wurde auch die Ausweisung Chapiins, der britischer Staatsbürger war, gefordert. Als er 1952 auf eine Europa-Reise ging, erließ der Justizminister in Washington sofort eine Anweisung, ihn bei einer Wiedereinreise sofort festzusetzen. Chaplin blieb in Europa. Sein letzter großer Film „Ein König in New York" wurde zu einer beißenden Satire auf die amerikanische Reaktion.

Charles Chaplin war in seinen besten Werken ein großer Volkskünstler. Aber er war kein Revolutionär. Seine Figur Charlie blieb auch dort, wo sie als Fabrikarbeiter auftrat, stets dem individuellen Protest verhaftet. Der organisierte Klassenkampf war nicht Charlies Sache. Chaplins Herz aber schlug für die Ausgebeuteten und Unterdrückten. Dafür gibt ein Bericht Zeugnis, der 1931 in der „Roten Fahne" erschien. Einige Redakteure und Delegierte einer Gruppe revolutionärer Filmarbeiter hatten Chaplin, der sich in Berlin aufhielt, besucht. Sie fragten ihn unter anderem nach seiner Stellung zur Arbeitslosigkeit.

„In Chaplins Augen liegt eine große Unsicherheit. Er findet nicht gleich eine Antwort, bis er schließlich seine Jacke aufreißt: ‚Da, da! Was kann ich schon über Erwerbslosigkeit sagen. Ich bin dick und fett', sagt er in trauriger Selbstironie. ‚Ich hasse jede Sentimentalität. Und wenn ich meine Meinung über die Erwerbslosigkeit aussprechen wollte, würde niemand mich verstehen wollen. Alle würden doch sagen, er hat leicht reden, der Heuchler.' Und etwas später: ‚Mir fehlt's an nichts. Ich, ich', er blickt die Delegierten nicht an, er blickt jetzt immer zu Boden. ‚Ich kann bloß eins sagen, die Erwerbslosen haben meine ganze, tiefste Sympathie... Übergeben Sie den kämpfenden Arbeitern und den Erwerbslosen meine freundschaftlichsten und tiefsten Grüße.'"

Jahreswechsel 77/78

Es lebe der neunte Jahrestag der Gründung der KPD/ML

In vielen Städten der Bundesrepublik sowie in Westberlin organisierte unsere Partei und die Rote Garde Silvesterveranstaltungen, auf denen zugleich auch der 9. Jahrestag der Gründung der KPD/ML sowie der 59. Jahrestag der Gründung der KPD gefeiert wurde. Auf diesen Veranstaltungen feierten unsere Genossen fröhlich und erfüllt von revolutionärem Optimismus zusammen mit Freunden und Kollegen die Kampferfolge des alten Jahres, die Fortschritte bei der Festigung der Partei, bei ihrer Verankerung in den proletarischen Massen, feierten sie den Anbruch des neuen Jahres, dem sie kühn und voller Kampfentschlossenheit entgegensehen, um den Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland voranzutreiben.



Mit dem Singen der „Internationale" begrüßten die Freunde und Genossen aus Bochum, Dortmund, Witten, Recklinghausen, Herne und Gelsenkirchen auf ihrer gemeinsamen Veranstaltung das neue Jahr.

Zu den Höhepunkten der Veranstaltungen gehörten sicherlich die Reden, die von Parteivertretern gehalten wurden, in denen sie die Kämpfe des alten Jahres zusammenfaßten und die Aufgaben und Perspektiven, die heute vor uns stehen, herausstellten. Dabei kam immer dann besondere Begeisterung auf, wenn der I. Kongreß der Roten Garde angekündigt wurde, der im neuen Jahr stattfinden wird und der der Roten Garde die organisatorische Selbständigkeit geben wird. Dieser Kongreß wird der Roten Garde scharfe Waffen in die Hand geben für die Mobilisierung der Jugend, für ihre Gewinnung zum Kampf gegen das kapitalistische System und für die sozialistische Revolution. Stark war auch der Widerhall, wenn die Redner die revisionistische „Theorie der drei Welten" geißelten und ihre Verfechter, insbesondere die Führung der KP Chinas als ihr Zentrum, als Feinde des Proletariats, als Verräter an der Revolution und am Marxismus-Leninismus entlarvten. Und nicht zuletzt war der Beifall stürmisch, wenn die Notwendigkeit betont wurde, die Beschlüsse des III. Parteitages noch besser zu verwirklichen, wobei die Losung sein muß: „Tiefer hinein in die Massen!" Besonders starken Beifall und Begeisterung lösten die Reden der Genossen Ernst Aust in Hamburg und Gernot Schubert in Bochum aus.

Die Veranstaltungen wurden umrahmt und belebt durch kulturelle Darbietungen unserer Agit-Proptrupps, durch Sketsche, Agit-Prop-Theater, kabarettistische Stücke, Lieder, Gedichte und Moritaten. In Westberlin rief die Vorführung von einigen Straßen-Theaterstücken besondere Begeisterung hervor. Mitreißend war auf der Kieler Veranstaltung ein politisches Kabarett, vorgeführt vom Kieler AP-Trupp. Die Kieler Veranstaltung hatte noch einen besonderen Höhepunkt, als offiziell die Roten Pioniere (unsere revolutionären Kindergruppen in der Roten Garde) gegründet wurden. In Hamburg gehörte zum Programm des Abends die Auszeichnung von Genossen mit Preisen für besonders gute Beiträge, die sie in den Kämpfen des alten Jahres geleistet hatten. In Bochum, wo auch die Ortsgruppen Dortmund, Witten, Herne, Gelsenkirchen und Recklinghausen feierten, hatten die Freunde und Genossen z. B. viel Freude an unserer Volkstanzgruppe aus Dortmund, die mit schwungvollen Tänzen auftrat. In zwei Städten, Hamburg und Bochum, hatten die Freunde und Genossen auch die Freude, den großartigen albanischen Film „Vier Lieder für die Partei" zu sehen. Der zweite Teil des Abends gehörte auf allen Veranstaltungen dem Tanz und der fröhlichen Unterhaltung.

Um 24.00 Uhr begrüßten die Genossen und Freunde das neue Jahr unter freiem Himmel mit Feuerwerk und dem gemeinsamen Gesang der Internationale. Tombolas und Spendensammlungen erbrachten teilweise hervorragende Ergebnisse für die finanzielle Stärkung des Kampfes der Partei. So erbrachten die Tombola und die Spendensammlung in Hamburg bei rund 300 versammelten Freunden und Genossen insgesamt 2.815 Mark. In Frankfurt, wo sich ca. 110 Freunde und Genossen eingefunden hatten, kamen bei einer Spendensammlung 1.814 Mark zusammen.

Insgesamt waren die Feiern zum Jahreswechsel und zum Geburtstag unserer Partei geprägt von revolutionärem Enthusiasmus und kämpferischem Geist.



Fröhliche Stimmung auf der Feier zum Jahreswechsel in Duisburg

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich DM 30,00 ○ halbjährlich DM 15,00 ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Besuchen Sie die Parteibüros der KPD/ML!

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.30 Uhr.
4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521 / 17 74 04. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr.
4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.
2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen" und Buchladen „Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-12 u. 14-18, Sa 9-14 Uhr.
4100 **DUISBURG** 1 (Hochfeld), Buchladen „Roter Morgen", Paulusstr. 36, Tel.: 0203 / 6 47 96. Öffnungszeiten: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.
4300 **ESSEN** (Altendorf), Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35, Tel.: 0201 / 62 42 99. Öffnungszeiten: Mi u. Do 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.
6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10-13 Uhr.
2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4 30 07 09. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.
2300 **KIEL** 1, Buchhandlung „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02. Öffnungszeiten: Mo-Do 9-13 u. 15-18, Fr 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
5000 **KÖLN** 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 09. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.
2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30 Uhr.
4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.
7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.
8000 **MÜNCHEN** 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.
1000 (WEST)**BERLIN** 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.